

Monitor Familienleben 2010

Einstellungen und Lebensverhältnisse
von Familien

Ergebnisse einer Repräsentativbefragung

- Berichtsband -

INHALT

VORBEMERKUNG	3
Familienpolitik bleibt bedeutsam – auch im zweiten Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise.....	4
Die Familie: Zentraler Lebensbereich – auch weiterhin attraktive Lebensform	9
Beobachtungsaufgabe: Arbeitsteilung in den Familien.....	13
Das Elterngeld: Positive Bewertung, starker Einfluss auf das Bild der staatlichen Familienförderung.....	17
Kürzere Elternzeiten von Müttern – Wiedereinstieg in den Beruf als Hürde.....	19
Großes Interesse der angehenden Väter an der Elternzeit	27
Daueraufgabe: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	33
Zunehmend wichtig: Die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf	38
Vollzeitnahe und flexiblere Arbeitszeiten als Hilfe für eine bessere Vereinbarkeit.....	45
Aufgabenfeld: Förderung der Kinder von Hartz IV-Beziehern	52
Aufgabenfeld: Bessere Integration der Kinder von Migranten.....	55
Anhang	
Anhang-Tabellen und -Schaubilder	
Untersuchungsdaten	
Statistik der befragten Personengruppen	

VORBEMERKUNG

Demographischer und sozialer Wandel, die Zuwanderung und auch der Wandel von Einstellungen und Lebensgewohnheiten verändern die Lebenswelt der Familien in Deutschland. Damit verschieben sich auch die Erwartungen an die deutsche Familienpolitik. Beeinflusst werden solche politischen Erwartungen seit zwei Jahren auch durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

In dieser Situation informiert die Monitor-Umfrage Familienleben über familienpolitisch relevante Veränderungen ebenso wie über die vom Wandel unbeeinflussten Grundeinstellungen zur Familie. Im Auftrag des BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND führte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH diese Monitor-Umfrage im April 2010 zum dritten Mal durch. Hauptthemen waren wiederum das Familienleben und die Einstellungen zur Familie, die Wahrnehmung der Familienpolitik und die konkreten familienpolitischen Anliegen der Bevölkerung. Als neue Schwerpunkte wurden die Themen der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in die Umfrage mit aufgenommen.

Zwischen dem 10. und dem 23. April 2010 wurden dazu im gesamten Bundesgebiet insgesamt 1.814 Personen mündlich-persönlich befragt, darunter 435 Mütter und Väter mit Kindern unter 18 Jahren. Die Ergebnisse sind für die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahre repräsentativ. Sämtliche Ergebnisse werden im Tabellenband zur Umfrage vollständig für eine Reihe von Analysegruppen dargestellt. Eine Methodenbeschreibung findet sich im Anhang.

Allensbach am Bodensee,
am 8. Juli 2010

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

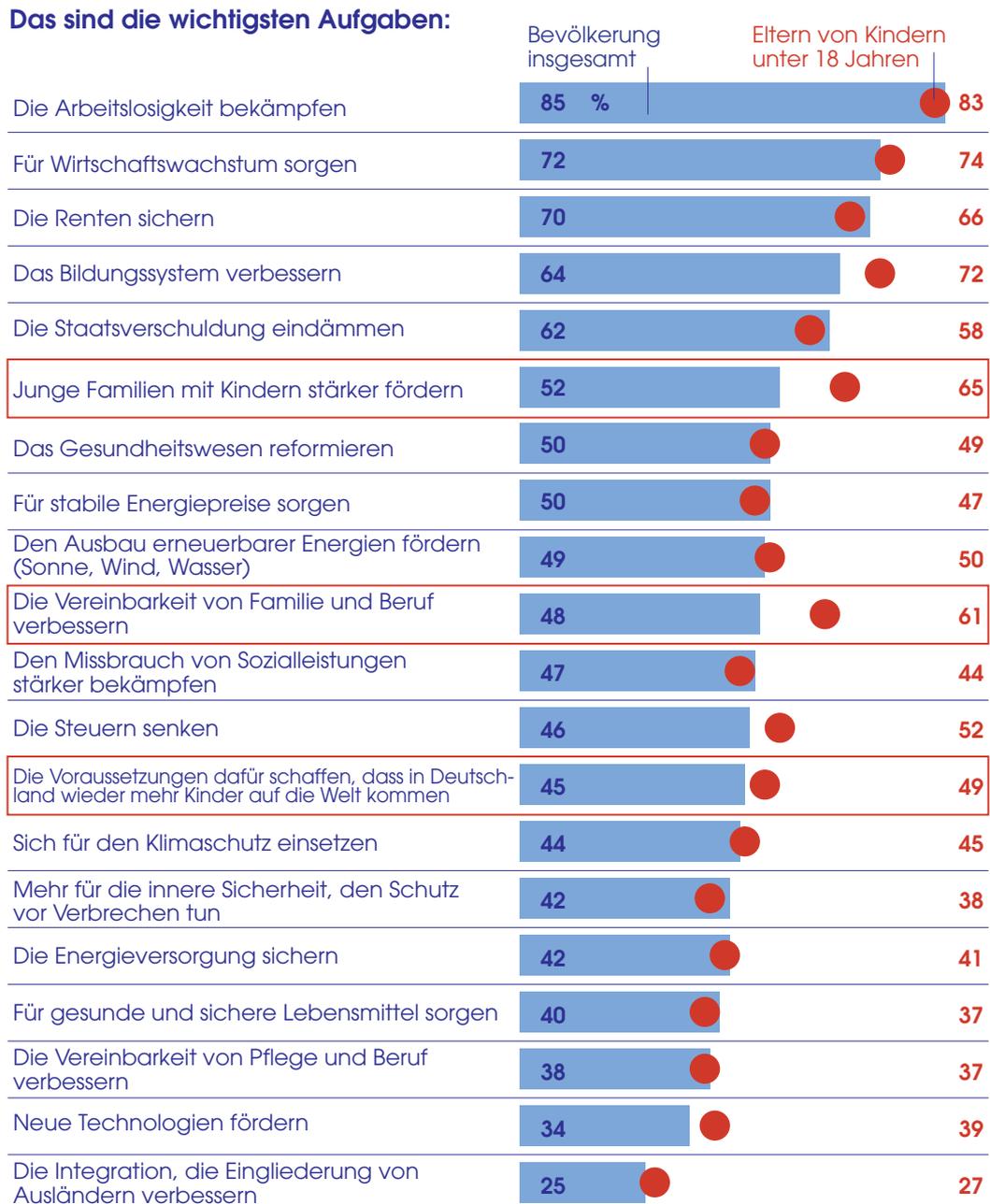
Familienpolitik bleibt bedeutsam – auch im zweiten Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigen nach wie vor die öffentliche Meinung. Damit zusammenhängende Befürchtungen der Bevölkerung richten sich heute allerdings weniger unmittelbar auf das eigene Lebensumfeld als noch zu Beginn der Krise: Während Anfang 2009 über 30 Prozent der Berufstätigen (mit Ausnahme der Beamten) sich sorgten, den Arbeitsplatz zu verlieren, fürchteten das im Juni 2010 nur noch 21 Prozent, 19 Prozent in den alten und 27 Prozent in den neuen Bundesländern. Die zum Teil erheblichen Bemühungen von Unternehmen wie Politik um den Erhalt von Arbeitsplätzen haben also nicht allein eine Ausbreitung der Arbeitslosigkeit verhindert, sondern auch ein Überborden der Besorgnis.

Folgen der Krise spüren derzeit 38 Prozent der Berufstätigen in ihren Betrieben. Nach wie vor sind die verschiedenen Branchen unterschiedlich betroffen. Das produzierende Gewerbe verzeichnete eher Einbrüche als der Dienstleistungsbereich. Männer, die eher in den beeinträchtigten Branchen beschäftigt sind als Frauen, erleben deshalb wie auch schon im Vorjahr eher Probleme ihres Betriebs als jene. Von den berufstätigen Männern arbeiten 45 Prozent in Unternehmen, die von der Krise betroffen sind, von den berufstätigen Frauen nur 30 Prozent. Da glücklicherweise insgesamt nur 7 Prozent über größere Probleme ihrer Betriebe berichten müssen, blieben die praktischen Auswirkungen dieser unterschiedlichen Betroffenheit bislang gering. Nicht wenigen hat diese unterschiedliche Betroffenheit aber in den zurückliegenden Monaten den Wert einer Berufstätigkeit beider Ehepartner als Absicherung vor Augen geführt.

Stärker als die Wahrnehmungen des eigenen Nahbereichs werden derzeit die Wahrnehmungen der dringlichen politischen Aufgaben von der Krise bestimmt. So ist z. B. die lange als nicht vorrangig bewertete Aufgabe einer Eindämmung der Staatsverschuldung (62 Prozent) zusammen mit der Ankurbelung der Konjunktur (72 Prozent) in diesem Jahr mit in den Vordergrund getreten. Im Hinblick auf eine langfristige Sicherung der Zukunftschancen halten derzeit ebenfalls etwa zwei Drittel zudem die Verbesserung des Bildungssystems (64 Prozent) für notwendig (Schaubild 1).

Stellenwert familienpolitischer Anliegen



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

Diese Neufokussierung lässt die familienpolitischen Anliegen jedoch nicht etwa in den Hintergrund treten. Wie schon 2008 und 2009 hält etwa die Hälfte der Bevölkerung eine stärkere Förderung junger Familien (52 Prozent) sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (48 Prozent) und Verbesserungen für eine Steigerung der Geburtenrate (45 Prozent) für notwendig, um Deutschland eine gute Zukunft zu sichern. Gegenüber dem Vorjahr nahm die positive Bewertung des letztgenannten Ziels sogar wieder signifikant zu (von 37 auf 45 Prozent). 38 Prozent halten es zudem für eine wichtige Zukunftsvorsorge, wenn die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert wird.

Damit rangieren die Anliegen der Familienpolitik hinter den noch immer als vorrangig eingeordneten Anliegen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (85 Prozent) und der Sicherung der Renten (70 Prozent), etwa gleichauf mit den Zielen der nicht mehr ganz so häufig befürworteten Steuersenkungen (46 Prozent), der Reform des Gesundheitswesens (50 Prozent), der Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch (47 Prozent) und der Stabilisierung der Energiepreise (50 Prozent). Seltener als familienpolitische Ziele werden die Förderung neuer Technologien (34 Prozent), innere Sicherheit (42 Prozent) oder die Integration von Ausländern (25 Prozent) als bedeutsam eingestuft.

Sichtlich mehr Bedeutung weisen die jeweils Betroffenen den familienpolitischen Anliegen zu: 65 Prozent der jungen Eltern mit Kindern unter 18 Jahren halten eine bessere Familienförderung für zukunftsbestimmend, 70 Prozent der Mütter, die in einen Beruf zurückgekehrt sind, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Von den pflegenden Angehörigen denken das 51 Prozent über eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

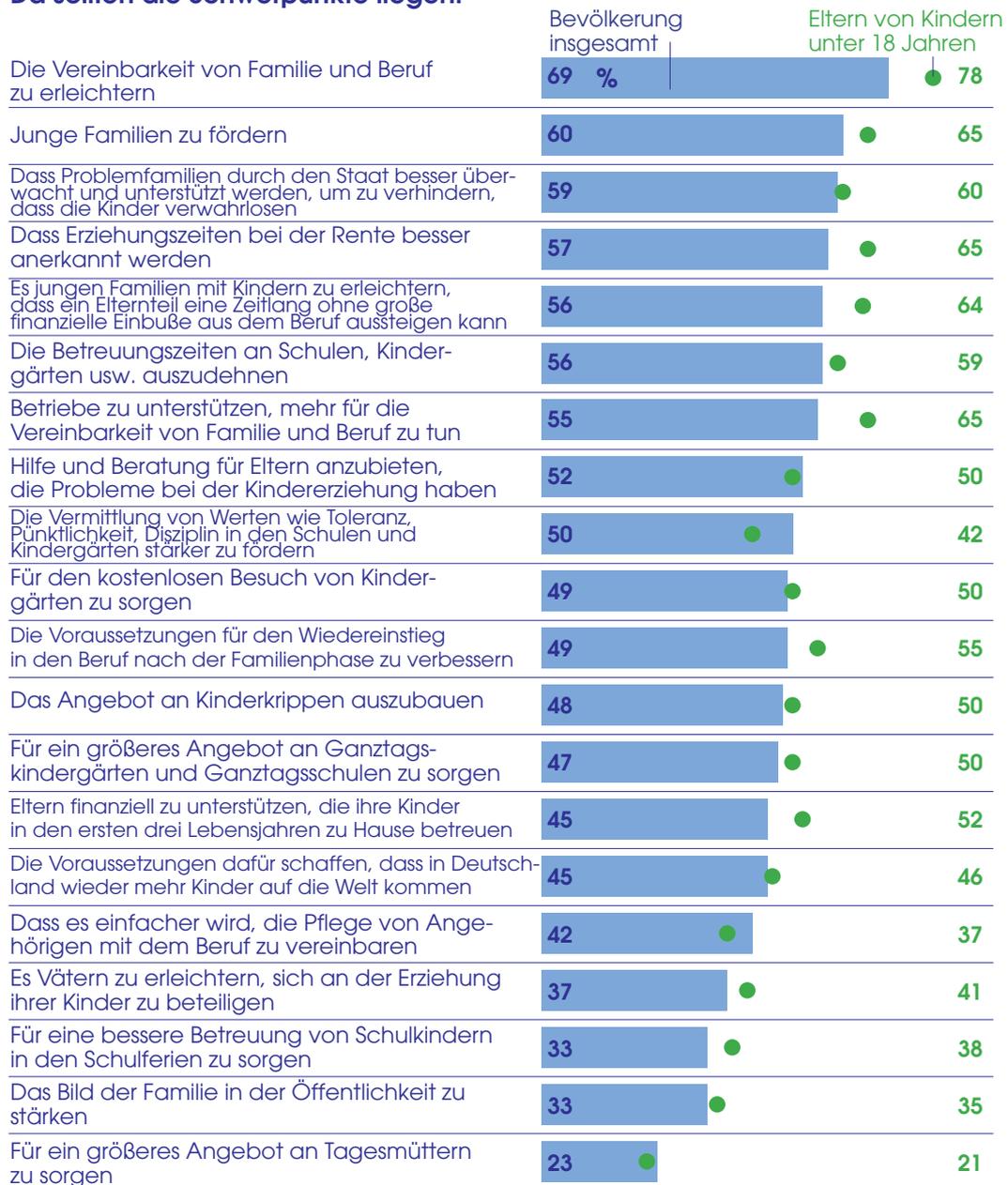
Die heutige Kernaufgabe der Familienpolitik sehen die meisten Befragten auch weiterhin in einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 69 Prozent der Gesamtbevölkerung (Vorjahr 66 Prozent) und 78 Prozent der jungen Eltern denken, dass hier der Schwerpunkt der Familienpolitik liegen sollte. Die Befürwortung von mehr Betreuungsplätzen (47 Prozent) und längeren Betreuungszeiten (56 Prozent) müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Eine Priorität setzt die Bevölke-

rung auch bei der Förderung der jungen Familien (60 Prozent insgesamt bzw. 65 Prozent der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren).

Die spezifischeren Ziele der Familienpolitik werden zwar nicht ganz so häufig genannt, aber doch immerhin von jeweils etwa der Hälfte der Befragten hervorgehoben: 14 der 20 abgefragten Ziele werden jeweils von 42 und 59 Prozent genannt. Dazu gehören auch das Betreuungsgeld (45 Prozent), eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (42 Prozent, 55 Prozent der pflegenden Angehörigen). Der Bevölkerung gilt also gleich ein ganzes Spektrum familienpolitischer Anliegen als bedeutsam (Schaubild 2).

Erwartungen an die Familienpolitik

Da sollten die Schwerpunkte liegen:



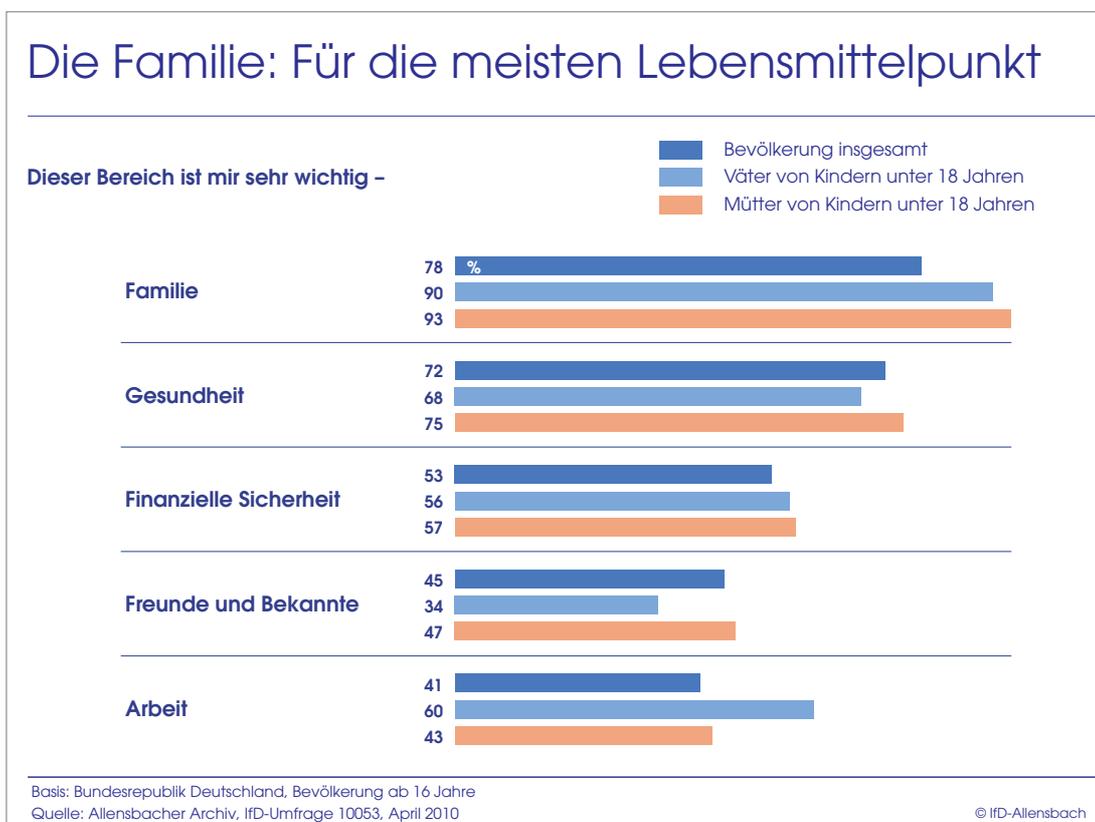
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

Die Familie: Zentraler Lebensbereich – auch weiterhin attraktive Lebensform

Auch weiterhin stellt die Familie für den Großteil der Bevölkerung den zentralen Lebensbereich dar. 78 Prozent der Bevölkerung erklären: Meine Familie ist mir sehr wichtig. Damit wird der Familie häufiger hohe Bedeutung zuerkannt als der Gesundheit, der finanziellen Sicherheit, der Beziehung zu Freunden und Bekannten oder auch der Arbeit (Schaubild 3).

Schaubild 3



Auch jüngere Leute stellen sich ihr zukünftiges Leben nicht etwa als berufs-, vergnügungs- oder wohlstandsorientiertes Single- oder Paar-Dasein ohne Kinder vor. Die allermeisten von ihnen streben nach wie vor eine Familie mit Mutter, Vater und Kindern an.

52 Prozent möchten bestimmt einmal Kinder haben, 26 Prozent vielleicht: Gegenüber 2008, als lediglich 43 Prozent der Kinderlosen „bestimmte“ Kinderwünsche äußerten, bedeutet das signifikant festere Kinderwünsche, wobei interessanterweise

heute vor allem jüngere Männer eher bestimmte Wünsche zu Protokoll geben (von 37 auf 48 Prozent: „möchte bestimmt Kinder“).

Lediglich 20 Prozent der jüngeren Kinderlosen schließen Kinder für sich aus. Gegenüber einer Umfrage im Jahr 2008 ist dieser Wert nicht weiter angestiegen; allerdings hat er sich auch nicht verringert.

Von den jüngeren Eltern (unter 50 Jahren) erklären 12 Prozent, dass sie sich bestimmt weitere Kinder wünschen, 13 Prozent wollen vielleicht weitere Kinder; 75 Prozent schließen weitere Kinder explizit für sich aus, wobei Mütter sich etwas häufiger darüber im Klaren sind, keine weiteren Kinder zu wollen, als die Väter (Schaubild 4).

Schaubild 4

Kinderwunsch				
Fragen: "Möchten Sie weitere/einmal Kinder haben, oder möchten Sie keine Kinder (mehr)?"				
Eltern unter 50 Jahren				
	Insgesamt 2008 %	Insgesamt 2010 %	Väter %	Mütter %
Möchte bestimmt weitere Kinder	9	12	14	10
Vielleicht	12	13	15	11
Möchte keine Kinder mehr	76	75	70	79
Keine Angabe	3	x	1	x
	100	100	100	100
Kinderlose unter 50 Jahren				
	Insgesamt 2008 %	Insgesamt 2010 %	Männer %	Frauen %
Möchte bestimmt Kinder	43	52	48	57
Vielleicht	30	26	30	22
Möchte keine Kinder	20	20	21	17
Keine Angabe	7	2	1	4
	100	100	100	100
x = weniger als 0,5 Prozent				
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung unter 50 Jahren Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010				
© IfD-Allensbach				

Bedeutsam ist dabei der erhebliche Anteil von über einem Viertel der jüngeren Kinderlosen, die hier mit „Vielleicht“ antworten und eine mögliche Elternschaft damit ganz von den passenden Umständen abhängig machen: Wenn erste Kinder heute oft erst so „spät“ geboren werden, dass sich insbesondere die Wahrscheinlichkeit eines dritten Kindes erheblich verringert, so steht dahinter oft diese Haltung des Abwartens geeigneter Umstände.

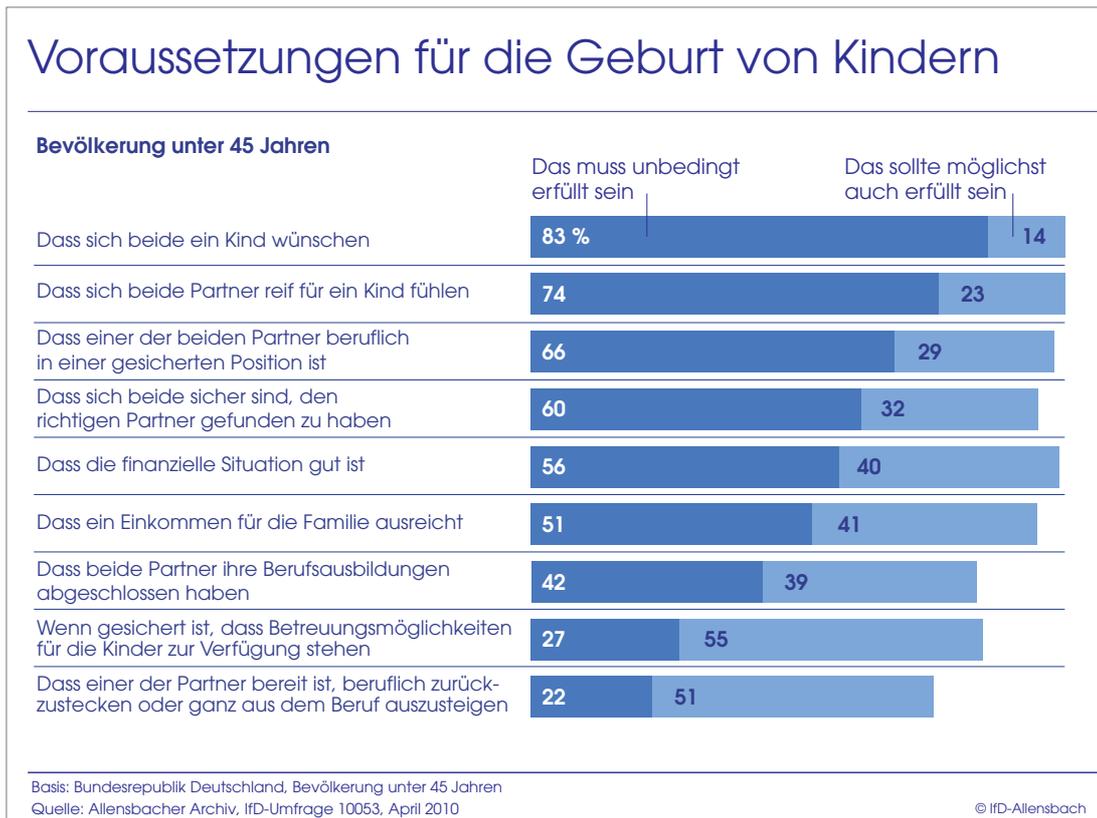
Von daher hat die Frage, welche Umstände für die Geburt von Kindern erfüllt sein sollten, ebenfalls erhebliche Bedeutung. Als unabdingbare Voraussetzungen für die Geburt eines Kindes gelten für die große Mehrheit der jüngeren Leute unter 45 Jahren heute der Kinderwunsch beider Partner (83 Prozent) sowie, dass beide sich reif für Kinder fühlen (74 Prozent) und die Partnerschaft auf Dauer angelegt ist, dass beide sich also sicher sind, den richtigen Partner gefunden zu haben (60 Prozent).

Hier wirken sich also die Vorstellungen von der hohen Verantwortung, die man mit der Elternschaft übernimmt, und die großen Erwartungen, die an Eltern gestellt werden, weitaus stärker aus als etwa die Vorstellung, dass beide Partner schon einige Jahre das Leben gemeinsam genossen haben sollten. Das sehen lediglich 13 Prozent als unabdingbare Voraussetzung an, 57 Prozent sagen: Das ist weniger wichtig. Auch die formale Absicherung gilt nur Wenigen als unabdingbar: 75 Prozent finden es weniger wichtig, dass die Partner vor der Geburt eines Kindes verheiratet sein müssten – selbst wenn Ehen nach wie vor heute häufig „auf das Kind hin“ geschlossen werden. Hier unterscheiden sich allerdings die Auffassungen der jüngeren Leute erheblich von jenen der Älteren, die noch deutlich mehr Wert auf die Eheschließung legen.

Mehr Gewicht wird der finanziellen Basis der Eltern zuerkannt: 66 Prozent der jüngeren Leute unter 45 Jahren halten es für unabdingbar, dass wenigstens einer der Partner vor der Geburt in einer beruflich gesicherten Position ist, 56 Prozent, dass die finanzielle Situation gut ist (zudem 40 Prozent „sollte möglichst auch erfüllt sein“). Ähnlich bedeutsam ist, dass beide Partner eine Berufsausbildung abgeschlossen haben sollten (42 Prozent „unbedingt“, 39 Prozent „möglichst“). Aber auch, dass es Betreuungsmöglichkeiten für das Kind gibt, zählt für viele mit zu den Voraussetzungen (27 Prozent „unbedingt“; 55 Prozent „möglichst auch noch“). Als zusätzliche

Voraussetzung kommt bei nicht Wenigen hinzu, dass man sich eine ausreichend große Wohnung oder ein eigenes Haus leisten kann (15 Prozent „unbedingt“, 47 Prozent „möglichst“) (Schaubild 5).

Schaubild 5



Bemerkenswert ist dabei, dass gegenüber dem Februar 2007 insgesamt eher etwas weniger Voraussetzungen genannt werden: Die Summe der Nennungen („muss unbedingt erfüllt sein“) betrug damals 653 Prozentpunkte, heute 581 Prozentpunkte. Damit haben sich die empfundenen Hürden für die Elternschaft seither gesenkt.

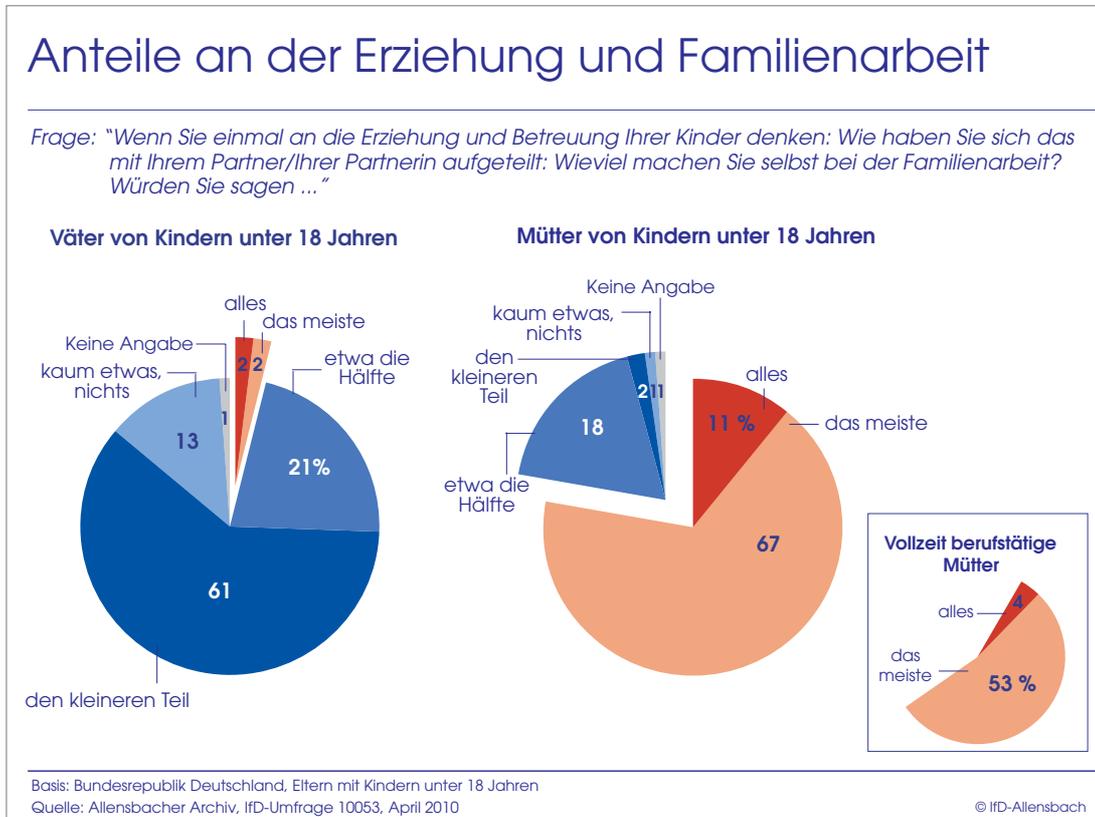
Beobachtungsaufgabe: Arbeitsteilung in den Familien

Auch für die Familienpolitik bleibt die Weiterentwicklung der Aufgabenteilung in den Familien bedeutsam. Denn die hier praktizierten und gewünschten Rollenmuster haben erheblichen Einfluss auf den Unterstützungsbedarf der Familien wie auch auf die Erfolgsaussichten politischer Ansätze, die sich etwa um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemühen.

Während kinderlose Paare häufig eine zumindest annähernd gleiche Aufteilung der häuslichen Aufgaben praktizieren, ändern sich die Verhältnisse meist mit der Geburt der Kinder. In den Familien mit Kindern wird der weitaus größere Teil der Haus- und Erziehungsarbeit nach wie vor von den Müttern getan. Von den Müttern mit Kindern unter 18 Jahren, die mit einem Ehemann oder Partner zusammenleben, übernehmen 11 Prozent die Erziehung und Hausarbeit praktisch komplett, 67 Prozent machen zumindest den größeren Teil.

So wie von den Müttern über drei Viertel zumindest den größeren Teil erledigen, übernehmen von den Vätern etwa drei Viertel höchstens den kleineren Teil.

Diese Übernahme des größten Teils bei Erziehung und Hausarbeit gilt nicht nur für die teilzeit- oder nichtberufstätigen Mütter, sondern meist auch für die Vollzeitberufstätigen: Von ihnen übernehmen 4 Prozent die gesamte Arbeit und 53 Prozent den größeren Teil. Lediglich 35 Prozent der Vollzeitberufstätigen berichten über eine gleichmäßige Teilung der Aufgaben, nur 9 Prozent darüber, dass ihr Partner den größeren Teil übernehme. Diese Angaben werden durch komplementäre Angaben der Väter bestätigt. Seit 2008 zeigt sich bei dieser Ermittlung keine signifikante Veränderung (Schaubild 6).

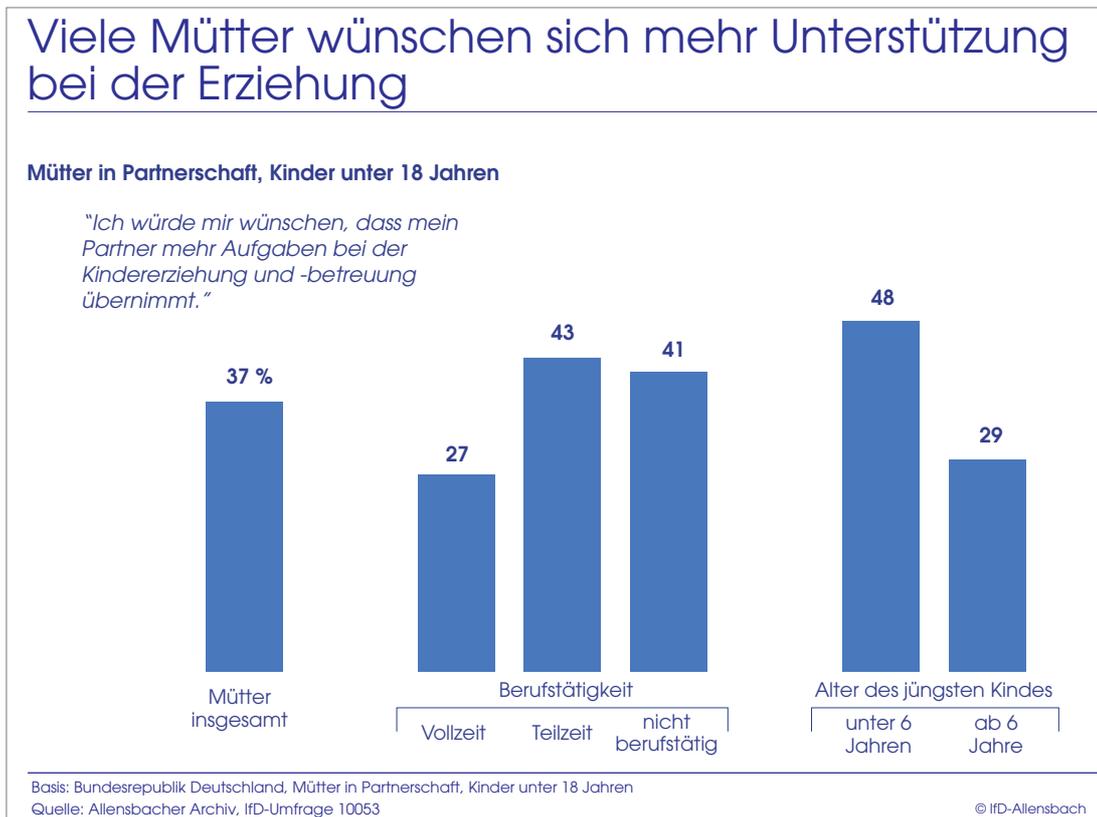


Auf diese Verhältnisse haben Bildung und Schichtzugehörigkeit vorerst nur geringfügig Einfluss: In der mittleren und höheren Schicht beteiligen sich Männer offenbar etwas häufiger im Haushalt, das grundlegende Muster der Übernahme des größeren Teils der Hausarbeit durch die Mütter wird davon jedoch nicht berührt. Wenn Männer arbeitslos werden, ändert sich die Aufgabenteilung offenbar geringfügig: Allerdings übernehmen die Arbeitslosen nur selten den größeren Teil der Hausarbeit; mehrheitlich erledigen sie jetzt etwa „die Hälfte“ der Aufgaben.

37 Prozent der Mütter würden sich wünschen, dass ihr Partner sich bei der Kindererziehung und -betreuung stärker beteiligt. Wie bereits bei einer Umfrage im Mai 2008 (IfD-Umfrage 10021) bringen die ganztags Berufstätigen solche Wünsche seltener vor (27 Prozent) als die nicht oder nur Teilzeit Berufstätigen, von denen jeweils über 40 Prozent mit dem Verhalten des Partners unzufrieden sind.

Hier deuten die Ergebnisse auf einen möglichen Zusammenhang dieser Unterschiede mit der häufigeren Nutzung von Ganztags-Betreuungsangeboten durch die berufstätigen Mütter hin. Dass für diesen Befund die Notwendigkeit zur Betreuung der Kinder eine erhebliche Rolle spielt, zeigt etwa der Unterschied zwischen den Ergebnissen für Mütter mit Klein- und Vorschulkindern, von denen sich 48 Prozent mehr Unterstützung durch ihre Partner wünschen, während von den Müttern von Kindern zwischen 6 und 17 Jahre nur noch 29 Prozent mehr Hilfe im Haushalt und bei der Betreuung einfordern (Schaubild 7).

Schaubild 7



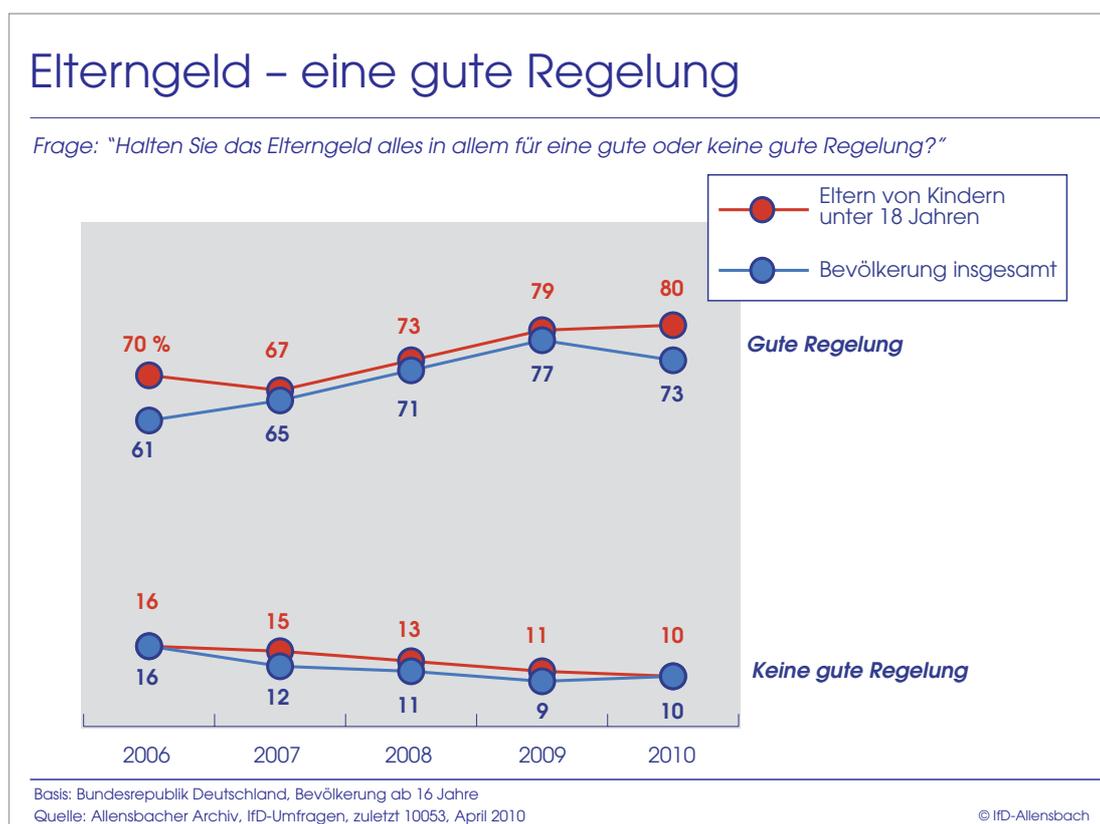
Gründe für die Ungleichverteilung der Erziehungs- und Hausarbeitsaufgaben sehen die Unzufriedenen vor allem in der Arbeitsbelastung ihrer Partner: 49 Prozent der Unzufriedenen insgesamt erklären, ihr Partner müsse viele Stunden am Arbeitsplatz

sein, 34 Prozent berichten über ungünstige Arbeitszeiten am Abend oder am Wochenende, 28 Prozent über unflexible Arbeitszeiten der Partner (Mehrfachnennungen). 19 Prozent der Unzufriedenen haben einen Partner, der Karriere machen will und sich deshalb nicht ausreichend um die Kinder kümmern kann. Aber auch die explizite Berufung auf traditionelle Rollenmuster sorgt für Probleme: 32 Prozent der Unzufriedenen haben von ihrem Partner gehört, dass er zur Kinderbetreuung weniger geeignet sei als sie, 26 Prozent, dass sie nicht zu seinen Aufgaben gehöre. Fasst man hier jene zusammen, deren Partner so argumentieren oder die den Eindruck haben, dass der Partner seine Karriere ohne viel Rücksicht auf die Familie vorantreibt, so ergibt sich eine Gruppe, die etwa die Hälfte der Unzufriedenen umfasst (53 Prozent) (Anhang-Schaubild A1).

Das Elterngeld: Positive Bewertung, starker Einfluss auf das Bild der staatlichen Familienförderung

Das Elterngeld wird inzwischen von 73 Prozent der Bevölkerung als gute Regelung bewertet. Das ist zwar etwas weniger als der im Vorjahr gemessene Spitzenwert (77 Prozent), aber immer noch ein herausragender Wert. Besonders bedeutsam ist, dass die Zustimmung unter den jüngeren Leuten mit Kinderwunsch mit 77 Prozent sowie unter den Eltern mit Kindern unter 18 Jahren mit 80 Prozent deutlich weiter verbreitet ist als die Zustimmung in der Gesamtbevölkerung (Schaubild 8).

Schaubild 8



Bei einer vorangegangenen Befragung wurde deutlich, dass das Elterngeld bei 57 Prozent der Bevölkerung und bei 65 Prozent der Bezieher als besonders hilfreiche Unterstützung gilt. Zusammen mit dem Kindergeld (besonders hilfreich: 86 Prozent) und den Einrichtungen zur Kinderbetreuung (besonders hilfreich: 70 Prozent) prägt

es inzwischen die Vorstellungen darüber, mit welchen Instrumenten der Staat junge Familien erfolgreich unterstützt:

	Bevölkerung insg. %	Nutzer der jeweiligen Leistung %
„Diese Leistung ist hilfreich“		
Kindergeld	86	91
Einrichtungen zur Kinderbetreuung	70	71
Elterngeld	57	65

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10050, Februar 2010

Die vorgeschlagene Verlängerung der Partnermonate im Elterngeld von zwei auf vier Monate würde von 62 Prozent der Bevölkerung begrüßt, wobei Frauen etwas eher zustimmen als die etwas öfter unentschiedenen Männer (Anhang-Tabelle A1). Die Einführung eines Gegenarguments, dass die Bezugsdauer des Elterngelds nicht davon abhängen solle, wie sich die Partner die Elternzeit aufteilen, verändert die grundsätzliche Zustimmung einer klaren Mehrheit nicht: Auch unter dem Einfluss dieses Arguments sprechen sich trotzdem noch 54 Prozent für die Verlängerung aus und der Anteil der Gegner des Vorschlags wächst lediglich von 15 auf 22 Prozent (Anhang-Tabelle A2). Man kann also mit einer weitgehend stabilen Zustimmung rechnen.

Kürzere Elternzeiten von Müttern – Wiedereinstieg in den Beruf als Hürde

Seit vielen Jahrzehnten nimmt die Erwerbstätigkeit von Müttern auch in den alten Bundesländern stetig zu; in der früheren DDR war die Berufstätigkeit von Müttern ohnehin die Regel. Das bedeutet insgesamt mehr Mütter, die zur Geburt ihrer Kinder aus dem Beruf aussteigen und nach einer kürzeren oder längeren Familienphase dorthin zurückkehren. Über frühere Unterbrechungen der Berufstätigkeit, um sich um ein Kind zu kümmern oder Elternzeit zu nehmen, berichten dementsprechend 84 Prozent der Mütter unter 45 Jahren, aber „nur“ 69 Prozent der Mütter ab 60 Jahre, von denen ein etwas höherer Anteil gar nicht berufstätig war oder nach der Geburt der Kinder nicht mehr in den Beruf zurückging.

Zum Teil kommen die Mütter bereits nach einer Betreuungsphase für das erste Kind noch einmal für eine Spanne in den Beruf zurück, oft in Teilzeit, und unterbrechen dann nach der Geburt eines weiteren Kindes ihre Berufstätigkeit noch einmal, dann häufig etwas länger: So haben von den Müttern unter 45 Jahren 31 Prozent ihre Berufstätigkeit bis heute gleich mehrmals unterbrochen. Hier ändern sich allerdings die Muster: Während von den Müttern ab 60, die ihre Berufstätigkeit früher einmal unterbrochen haben, noch 57 Prozent über mehrere Unterbrechungsphasen berichten, haben von den 40- bis 59-Jährigen, nur noch 46 Prozent die Berufstätigkeit gleich mehrfach unterbrochen: Dabei macht sich nicht nur die Verringerung der Kinderzahlen bemerkbar, sondern auch die Tendenz zu einer einzelnen, möglichst „kompakten“ Familienphase.

Verändert hat sich insbesondere die Rückkehr nach der Elternzeit: Die Mütter kehren heute zu einem höheren Anteil in den Beruf zurück als noch vor einigen Jahrzehnten und sie kehren in der Regel auch früher zurück als die Mütter damals. So berichten im Familien-Monitor von den 60-jährigen und älteren Müttern, die ihre Berufstätigkeit zur Kinderbetreuung unterbrochen hatten, noch 23 Prozent, dass sie nach der Elternzeit überhaupt nicht in den Beruf zurückgekehrt seien. Nur 24 Prozent sind für ihr eigenes Empfinden schnell in den Beruf zurückgekehrt. Bereits von den 40- bis 59-Jährigen gaben nur noch 14 Prozent die Berufstätigkeit nach der Geburt ihrer Kinder ganz auf und 44 Prozent kehrten nach eigenem Befinden schnell in den Beruf zurück. Noch einmal etwas kürzere Elternzeiten deuten sich für die Mütter unter 40 Jahren

an, wenngleich hier abschließende Aussagen noch nicht möglich sind, da 14 Prozent von ihnen bis jetzt noch nicht aus der Elternzeit zurückgekehrt sind.

Von den älteren Berufsrückkehrerinnen haben nur 25 Prozent kurze Elternzeiten von längstens einem Jahr und 27 Prozent durchschnittliche Elternzeiten von längstens 3 Jahren beansprucht. 48 Prozent waren länger als drei Jahre aus dem Beruf heraus. Von den heute bereits nah an den „Schlusswerten“ der Kohorte liegenden 40- bis 59-Jährigen haben dagegen bereits 36 Prozent für höchstens ein Jahr mit dem Beruf ausgesetzt. Länger als drei Jahre haben nur noch etwa halb so viele wie von den älteren Müttern ihre Berufstätigkeit unterbrochen. Gerade die extrem langen Elternzeiten von 9 oder 10 Jahren finden sich bereits in dieser Altersgruppe nur noch selten. Für die jüngeren Mütter, die heute unter 40 Jahre alt sind, deuten sich noch einmal kürzere Elternzeiten an (Schaubild 9).

Schaubild 9

Kürzere Elternzeiten der Mütter			
	Mütter, die ihre Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes unterbrochen haben		
	unter 40 Jahren %	40 bis 59 Jahre %	60 Jahre und älter %
Es sind sofort nach der Elternzeit zurückgekehrt	36	44	24
Erst später	29	41	52
Gar nicht	17	14	23
Es sind derzeit noch in Elternzeit	14	1	-
Keine Angabe	4	-	-
Unentschieden	100	100	100
Mütter, die nach Unterbrechung in einen Beruf zurückgekehrt sind			
Dauer der Elternzeit	unter 40 Jahren %	40 bis 59 Jahre %	60 Jahre und älter %
längstens ein Jahr	44	36	25
über 1 Jahr bis längstens 2 Jahre	43	40	27
länger als 3 Jahre	13	24	48
	100	100	100

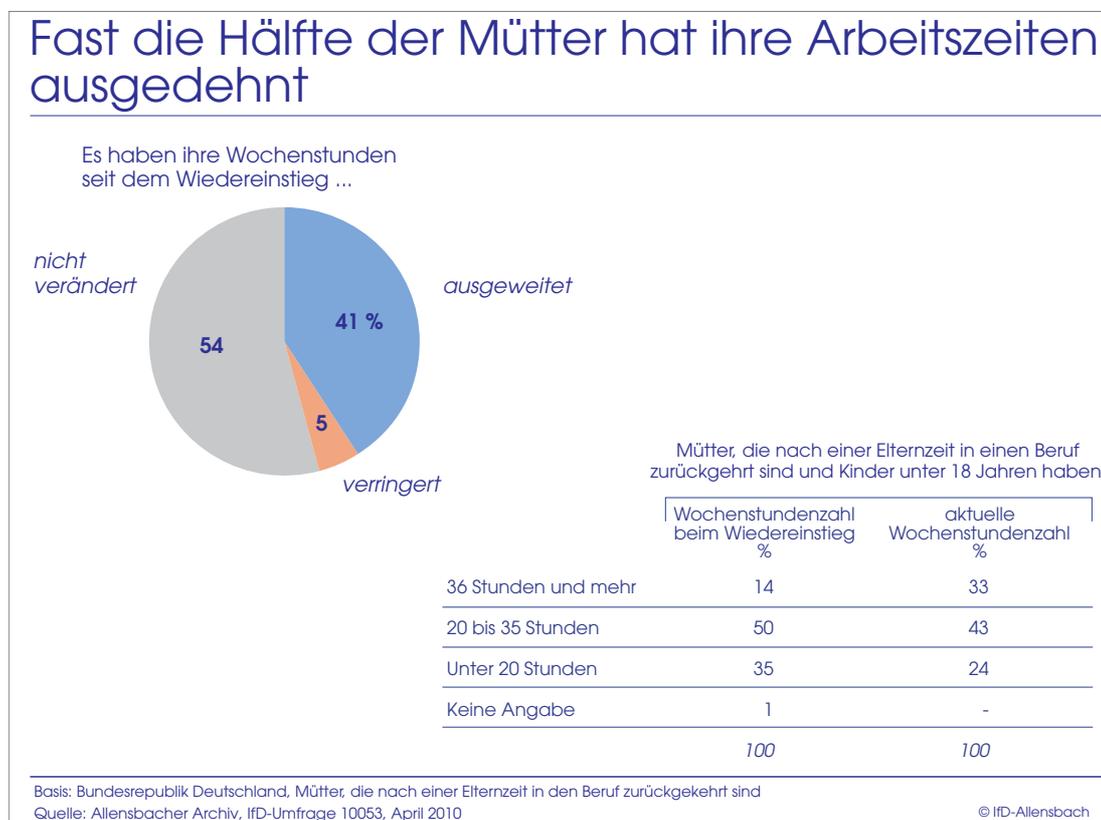
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Mütter, die ihre Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes unterbrochen haben und Mütter, die nach einer Elternzeit in den Beruf zurückgekehrt sind
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

Einfluss auf die Dauer der Elternzeit hat auch die affektive Bedeutung des Berufs: Von den berufstätigen Müttern (mit Kindern unter 18 Jahren), denen ihre Arbeit sehr wichtig ist, waren 48 Prozent nach weniger als zwei Jahren bereits wieder in den Betrieb zurückgekehrt, von den weniger an ihrer Arbeit Interessierten lediglich 29 Prozent.

Die Mehrheit der Mütter beginnt nach der Rückkehr in den Beruf zunächst mit vergleichsweise wenigen Wochenstunden. Nur etwa ein Drittel der in den Beruf zurückgekehrten Mütter von Kindern unter 18 Jahren hat unmittelbar nach der Rückkehr 30 Wochenstunden oder mehr im Beruf gearbeitet (31 Prozent). Allerdings erhöhen viele ihre Stundenzahl dann relativ schnell wieder: Heute bewältigt mehr als die Hälfte der genannten Rückkehrerinnen ein Pensum von 30 oder mehr Wochenstunden (54 Prozent). Gerade Mütter mit kleinem Haushaltseinkommen steigen offenbar mit vergleichsweise vielen Wochenstunden wieder in den Beruf ein (Schaubild 10).

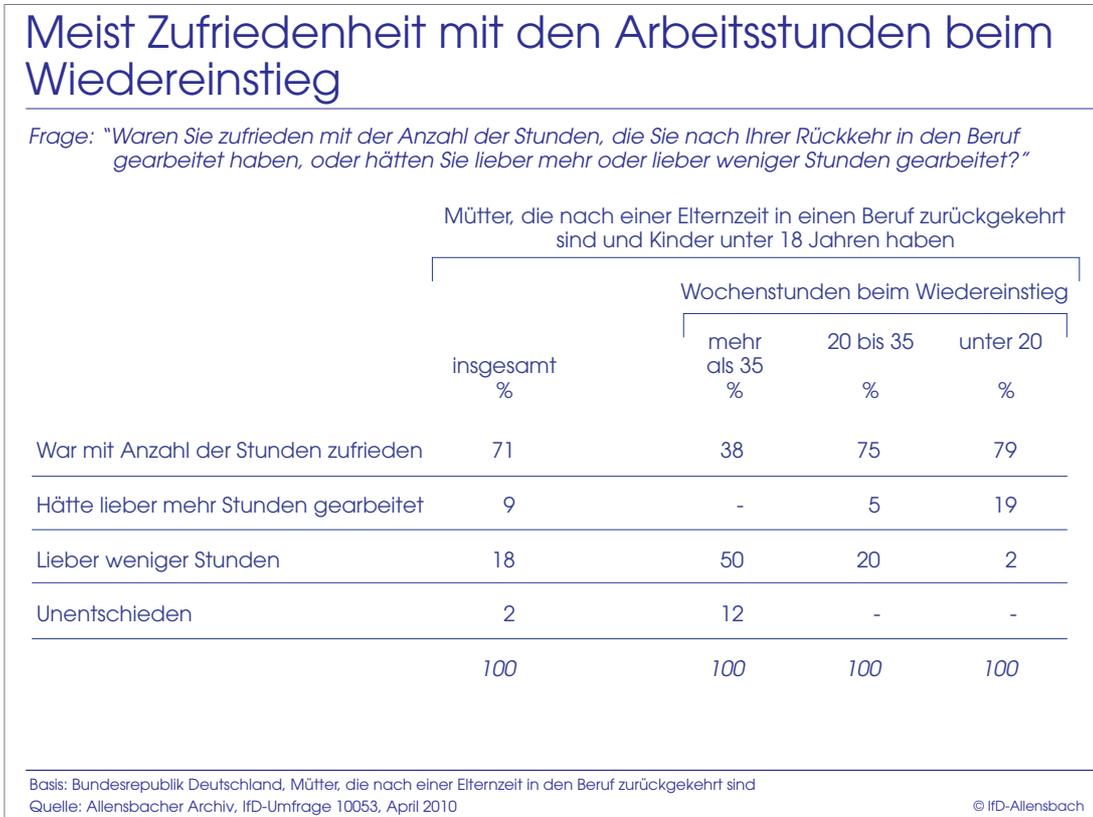
Schaubild 10



Für alle diese Angaben gibt es noch immer deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, das durch seine höhere Bevölkerungszahl die Gesamtergebnisse stark prägt. Mütter in den neuen Bundesländern kommen oft noch einmal früher als die jungen Mütter im Westen in den Beruf zurück, sie arbeiten dann auch eher wieder mit voller Stundenzahl oder vollzeitnah.

Mehrheitlich sind die meisten Wiedereinsteigerinnen im Nachhinein mit ihrer Wochenstundenzahl beim Wiedereinstieg zufrieden (71 Prozent der Mütter von Kindern unter 18 Jahren, die in den Beruf zurückgekehrt sind). Nur eine Minderheit dieser Gruppe hätte damals gern weniger (18 Prozent) oder mehr Stunden (9 Prozent) geleistet.

Dabei hängt die Zufriedenheit stark mit der Einstiegs-Wochenstundenzahl zusammen: Von jenen Müttern, die sofort wieder in eine Vollzeitarbeit zurückkehrten, hätte die Hälfte zunächst lieber weniger Stunden gearbeitet. Doch bereits jene, die mit 20 bis 35 Wochenstunden zurückkehrten, waren zu 75 Prozent mit ihrem Arbeitsumfang zufrieden (Schaubild 11).



53 Prozent der Rückkehrerinnen (Basis: Mütter mit Kindern unter 18 Jahren, die in einen Beruf zurückgekehrt sind) berichten, dass sie ihre Arbeitszeiten gut an ihre familiäre Situation anpassen konnten. 58 Prozent konnten auf ihren früheren Arbeitsplatz zurückkehren, 17 Prozent arbeiten beim früheren Arbeitgeber auf einem anderen Arbeitsplatz, 19 Prozent mussten sich eine neue Stelle suchen. Unter den älteren Müttern war die Rückkehr an den früheren Arbeitsplatz noch deutlich seltener, weil sie zum Teil noch vor Einführung des „Rückkehrrechts“ in den 80er Jahren in Elternzeit waren oder weil sie noch zu größerem Anteil Elternzeiten von mehr als drei Jahren nutzten. Probleme mit der Doppelbelastung von Familie und Beruf hatten 37 Prozent der Rückkehrerinnen (Basis wiederum: Mütter mit Kindern unter 18 Jahren, die in einen Beruf zurückgekehrt sind), Hilfe und Entgegenkommen von Arbeitgeber und Kollegen haben 32 Prozent bzw. 31 Prozent erlebt. Dabei mussten die Mütter mit vielfältigen Problemen fertig werden, von unflexiblen Arbeitszeiten

(28 Prozent), über Probleme mit der Kinderbetreuung (17 Prozent) bis hin zu Problemen bei der eigentlichen Stellensuche (14 Prozent) (Schaubild 12).

Erfahrungen beim Wiedereinstieg

Es mussten mit wenigstens einem schwerwiegenden Problem fertigwerden: 68 %

Mütter, die nach einer Elternzeit in einen Beruf zurückgekehrt sind und Kinder unter 18 Jahren haben



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Mütter, die nach der Elternzeit in den Beruf zurückgekehrt sind

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

Fasst man alle Mütter zusammen, die hier wenigstens ein schwerwiegendes Problem nennen, von der schwierigen Suche nach einem neuen Arbeitsplatz über die Doppelbelastung durch Arbeit und Beruf bis hin zu Problemen bei der Suche nach einer Betreuungsmöglichkeit für die Kinder, so umfasst der Kreis 68 Prozent derer, die in den Beruf zurückgekehrt sind. Schwerwiegende Probleme bei der Rückkehr in den Beruf sind also nicht etwa die Ausnahme, sondern vielmehr die Regel. Dieses Gesamtergebnis wiederholt relativ genau das Ergebnis einer vorangegangenen Befragung von Berufsrückkehrerinnen im Jahr 2007, bei der 69 Prozent der befragten Mütter über wenigstens ein schwerwiegendes Problem berichtet hatten (IfD-Umfrage 5231). Von daher wird begreiflich, weshalb sich etwa 43 Prozent der unter Vereinbarkeitsproblemen leidenden Eltern Hilfen für den Wiedereinstieg in den Beruf wünschen und weshalb 49 Prozent der Bevölkerung eine drängende Aufgabe der Familienpolitik darin sehen, die Voraussetzungen für den Wiedereinstieg in den Beruf zu verbessern (vgl. Schaubild 2).

Vor allem im städtischen und großstädtischen Umfeld hatten die Rückkehrerinnen Probleme, sich an die Doppelbelastung von Familie und Beruf zu gewöhnen. Während solche Probleme von allen Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus ländlichen Regionen nur von 20 Prozent berichtet werden, kamen in kleinen und mittelgroßen Städten 36 Prozent mit der Doppelbelastung zunächst nicht gut zurecht, im großstädtischen Umfeld aber ganze 53 Prozent. Solche Probleme der Doppelbelastung hängen nach den Daten der Umfrage eng mit Problemen durch unflexible Arbeitszeiten zusammen, aber auch mit dem Fehlen geeigneter Betreuungseinrichtungen. Darüber hinaus zeigen andere Umfragen aber auch erhebliche Lebensunterschiede von Müttern im ländlichen und im städtischen Umfeld, die solche Unterschiede mit-erklären könnten: So wohnen Mütter (jeweils mit Kindern unter 18 Jahren) auf dem Lande doppelt so häufig im eigenen Haus mit Garten wie Mütter in der Großstadt, die zwar deutlich eher größere Reisen unternehmen, dafür im unmittelbaren Umfeld aber weniger Ausgleich finden. Deutlich seltener als die Mütter auf dem Lande können die Mütter in der Großstadt ihre Wege auch mit dem eigenen PKW erledigen (Allensbacher Archiv, AWA 2009). Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erzwingt hier ein vergleichsweise striktes Zeitmanagement, das gerade mit kleinen Kindern oft nur schwer zu verwirklichen ist.

Großes Interesse der angehenden Väter an der Elternzeit

Im Zusammenhang mit dem Elterngeld hat sich die Zahl der Väter, die ihre Berufstätigkeit für eine Weile zur Kinderbetreuung unterbrechen, vervielfacht. Inzwischen stellen die Väter bereits 20 Prozent der Bezieher von Elterngeld (Elterngeldstatistik, erstes Quartal 2010; Statistisches Bundesamt). Diese Entwicklung lässt sich inzwischen auch bei einer Bevölkerungsumfrage wie dem Familien-Monitor deutlich erkennen: Von den Vätern unter 45 Jahren haben hier immerhin 10 Prozent ihre Berufstätigkeit zumindest schon einmal für die Kinderbetreuung unterbrochen, von den Vätern über 60 haben früher lediglich 2 Prozent eine solche Elternzeit beansprucht.

Dabei zeigen die Einschätzungen der Elternzeit durch angehende Väter, die eine Nutzung der Elternzeit erwägen, die wichtigsten Motive für die stärkere Beanspruchung des Anspruchs auf Elternzeit: Fast alle denken, dass eine Elternzeit ihnen helfen würde, eine engere Beziehung zum Kind zu bekommen (92 Prozent) und dass auch die Kinder von der gemeinsamen Zeit mit dem Vater profitieren würden (79 Prozent). An dritter Stelle der Nennungen steht dann bereits die Erwartung, dass Väter mit der Elternzeit die Mütter entlasten könnten (65 Prozent). Dass Elternzeit eher ein verlängerter Urlaub sein könnte, denkt gerade einmal jeder Zehnte von ihnen (11 Prozent).

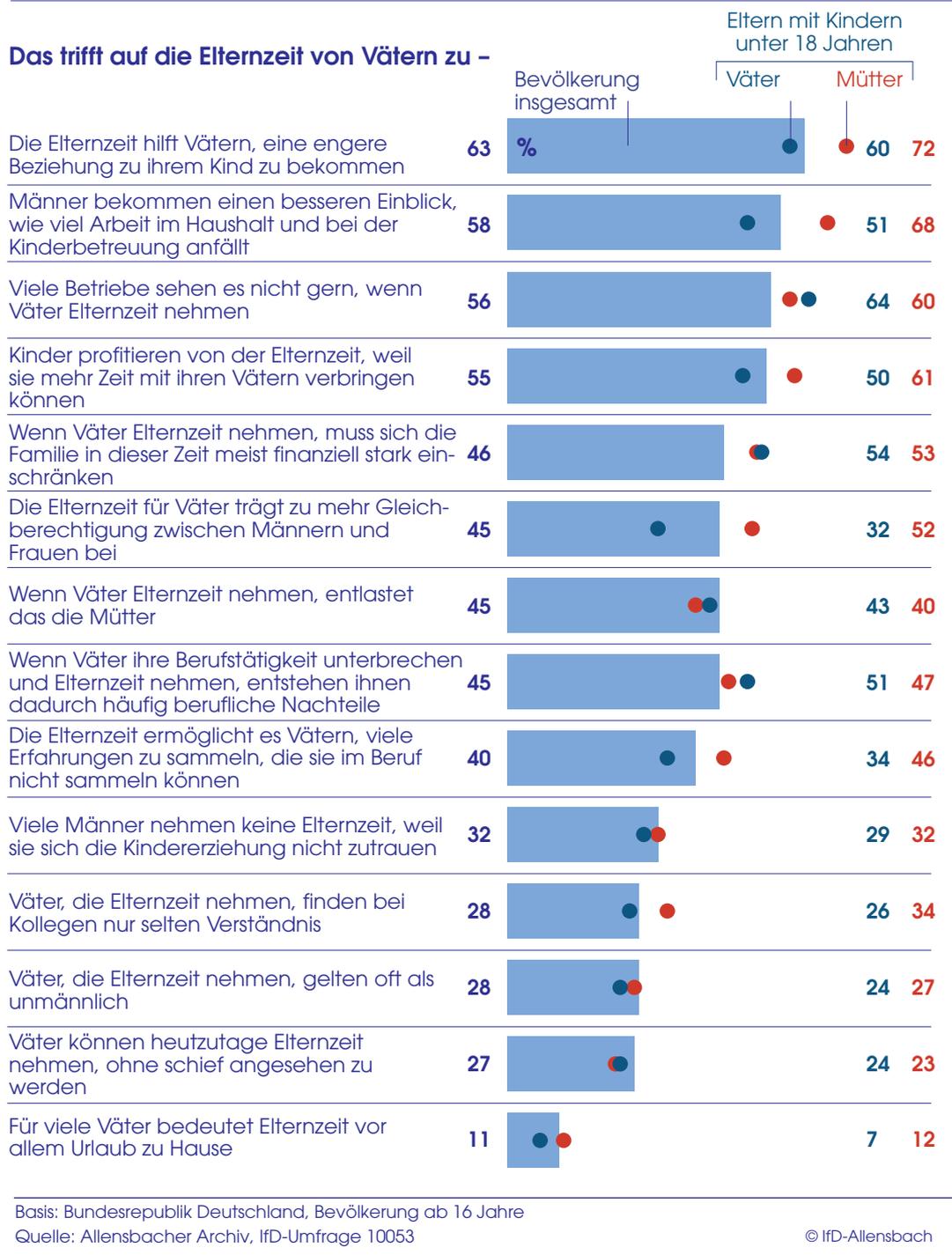
Diese Einschätzungen werden tendenziell auch von der breiten Bevölkerung geteilt; 63 Prozent erwarten von der Elternzeit ein engeres Verhältnis zwischen Vätern und Kindern, 58 Prozent einen besseren Einblick für die Väter in die Schwierigkeiten, denen die Mütter in der Regel jeden Tag gegenüberstehen.

Allerdings denken viele, dass den Vätern ein familienfreundliches Verhalten noch immer nicht leicht gemacht wird. 56 Prozent der Gesamtbevölkerung und 64 Prozent der Väter von Kindern unter 18 Jahren haben den Eindruck, dass die Betriebe es nicht gerne sähen, wenn Väter zur Betreuung ihrer Kinder Elternzeit beanspruchen, 51 Prozent der Väter würden berufliche Nachteile befürchten. Dabei hat offenbar auch die Größe des Betriebes Bedeutung: Von den Müttern und Vätern, die in Kleinbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten berufstätig sind, würden 67 Prozent

Nachteile erwarten, von den Eltern in Mittel- und Großbetrieben nur 43 bzw. 50 Prozent.

Hinzu kommen aber häufig auch Sorgen um die finanzielle Situation der Familie, da die Väter ja meist die Hauptverdiener sind: 54 Prozent der Väter nehmen als mögliche Konsequenz der Elternzeit von Vätern starke finanzielle Einschränkungen der Familie wahr. Interessant sind bei dieser Ermittlung nicht zuletzt die Einstellungsunterschiede zwischen Müttern und Vätern: 52 Prozent der Mütter, aber nur 32 Prozent der Väter sehen in der Elternzeit der Väter einen Schritt zu mehr Gleichberechtigung und 68 Prozent der Mütter erklären, Männer könnten durch die Elternzeit einen Eindruck bekommen, wie viel Arbeit bei der Kinderbetreuung und im Haushalt überhaupt anfällt. Von den Vätern machen sich nur 51 Prozent diesen Standpunkt zu eigen. Eine engere Beziehung zwischen Kind und Vater würden 72 Prozent der Mütter und 60 Prozent der Väter erwarten. Hier unterscheiden sich also die heutigen Väter noch einmal von jenen Männern, die eine Elternzeit in der Zukunft für möglich halten (Schaubild 13).

Wahrnehmung der Elternzeit von Vätern

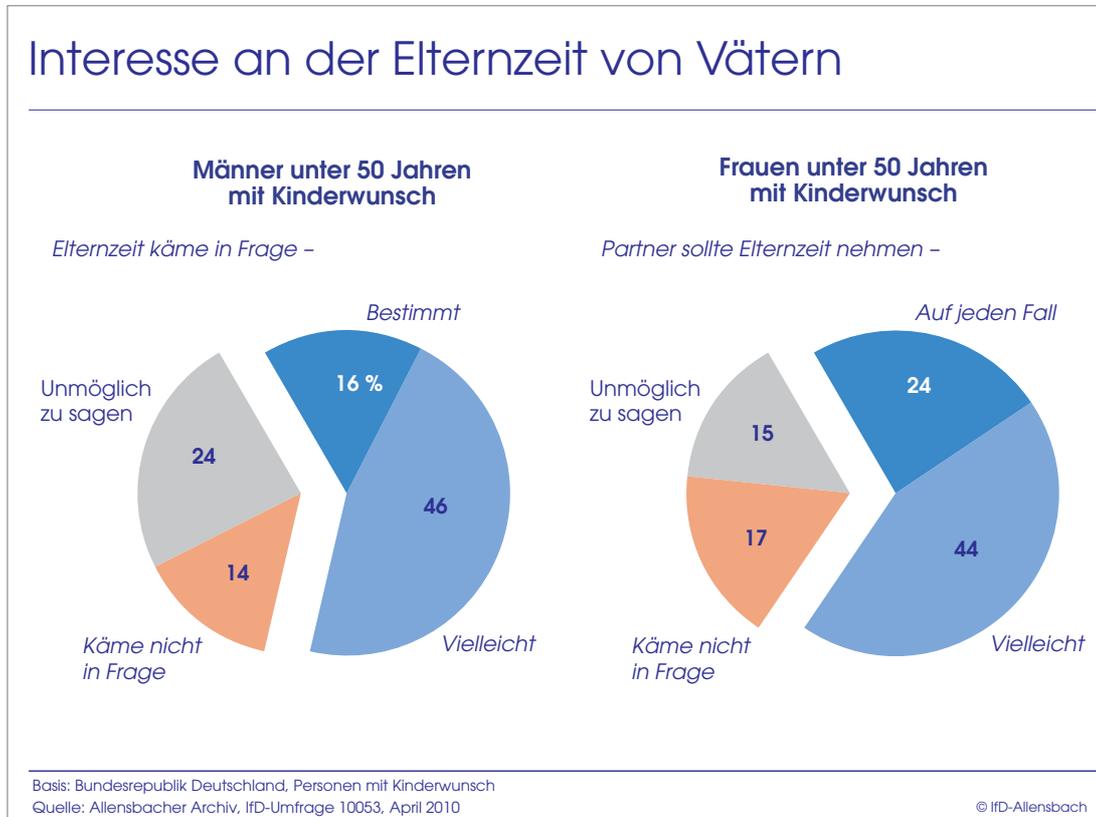


Die Vorstellung, dass die Elternzeit auch eine Bereicherung für die Väter bedeutet, und ihnen hilft, ihre Erfahrungswelt zu erweitern, wird in den gehobenen Schichten ungleich häufiger vertreten als in der Mittel- und der Unterschicht. Sichtbar wird bei den meisten Aussagen zudem ein klarer Unterschied zwischen Stadt und Land, wobei Eltern in städtischem Umfeld deutlich stärker die positiven Seiten der Elternzeit hervorheben. Eltern auf dem Lande sehen die positiven Effekte weniger stark, häufiger als Eltern in der Stadt nehmen sie auch Probleme an.

Trotz der Skepsis im Hinblick auf die beruflichen Konsequenzen einer Elternzeit lassen die meist positiven Einschätzungen der Elternzeit durch die angehenden Väter ebenso wie deren Erwägungen eine weitere Zunahme der Nutzung von Elternzeiten erwarten: Von den jüngeren Männern (unter 50 Jahren), die sich Kinder wünschen, bzw. von den Vätern (unter 50 Jahren), die sich weitere Kinder wünschen, erklären 16 Prozent, für sie käme eine Elternzeit bestimmt in Frage. 46 Prozent wollen „vielleicht“ eine Elternzeit beanspruchen. Lediglich 38 Prozent wollen eine Elternzeit definitiv ausschließen oder können noch nicht absehen, wie es dann für sie sein wird.

Dabei gibt es wiederum einen Vorsprung der höher Gebildeten und der Besserverdienenden. Auch das Umfeld hat Bedeutung: Mögliche Väter in Großstädten zeigen sich eher für die Elternzeit aufgeschlossen.

Ein ganz ähnliches Meinungsbild findet sich auch bei den jüngeren Frauen und Müttern mit Kinderwunsch (bzw. Wunsch nach weiteren Kindern): 24 Prozent von ihnen würden sich „auf jeden Fall“ wünschen, dass ihr Partner nach der Geburt des Kindes Elternzeit beansprucht, 44 Prozent würden vielleicht solche Wünsche anmelden (Schaubild 14).

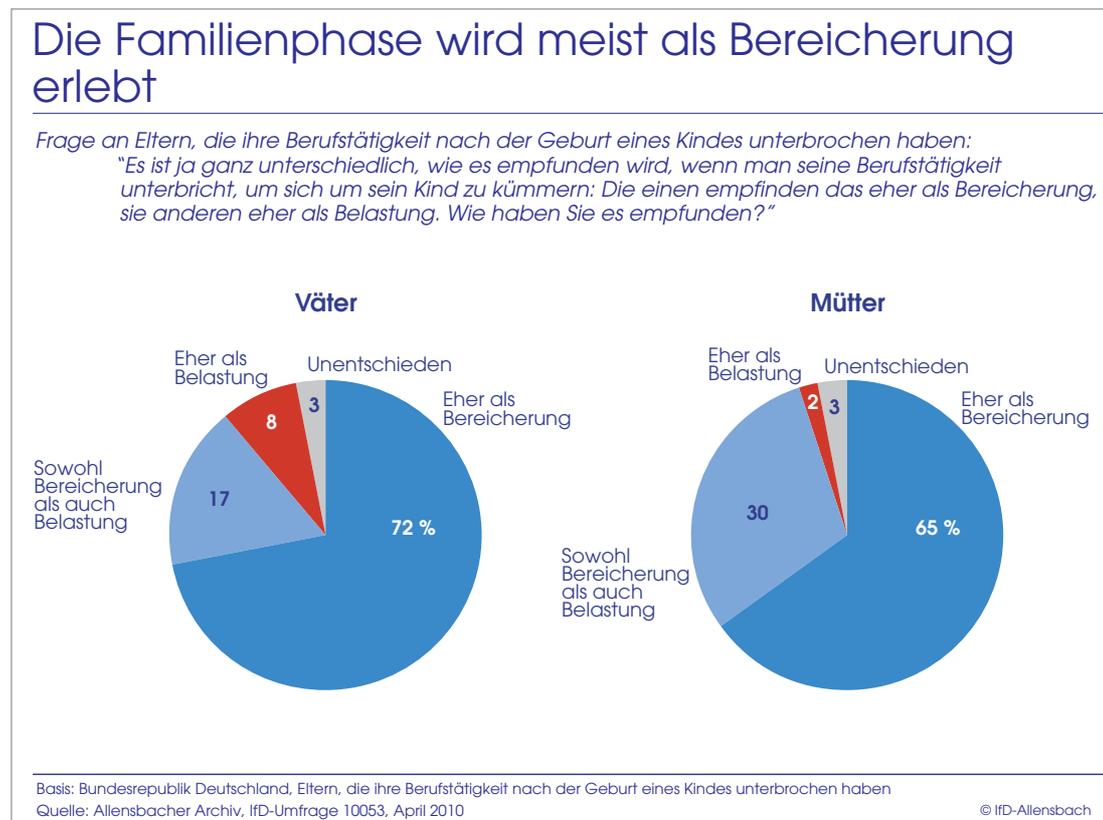


Männer, die eventuell Elternzeit beanspruchen würden, tendieren interessanterweise nicht nur zu kurzen Elternzeiten. Hier unterscheiden sich die Ergebnisse der Umfrage also von der jetzt noch vorherrschenden Praxis, dass die meisten Väter – mit Rücksicht auf die Partnermonate des Elterngelds – lediglich für zwei Monate Elternzeit beanspruchen. Zwar erklären die meisten der angehenden Väter mit Interesse an einer Elternzeit, dass sie über die mögliche Dauer jetzt noch nichts sagen könnten (36 Prozent), 54 Prozent von dieser Gruppe würden jedoch Elternzeiten von mehr als den heute meist beanspruchten zwei Monaten in Betracht ziehen (Anhang-Schaubild A2).

Die oft hochgesteckten Erwartungen an die Elternzeit der Väter erfüllen sich in der Regel: Etwa drei Viertel der Väter empfanden ihre Familienphase vor allem als Bereicherung (72 Prozent). Lediglich jeder Sechste nahm neben der Bereicherung auch

klare Belastungen wahr (17 Prozent). Lediglich 8 Prozent blieb diese Zeit vor allem als Belastung in Erinnerung. Mütter blicken zwar ebenfalls mit einer Zweidrittelmehrheit auf eine schöne Elternzeit zurück, haben aber offenbar zu etwas größeren Anteilen als ihre Partner in dieser Zeit auch große Belastungen empfunden (Schaubild 15).

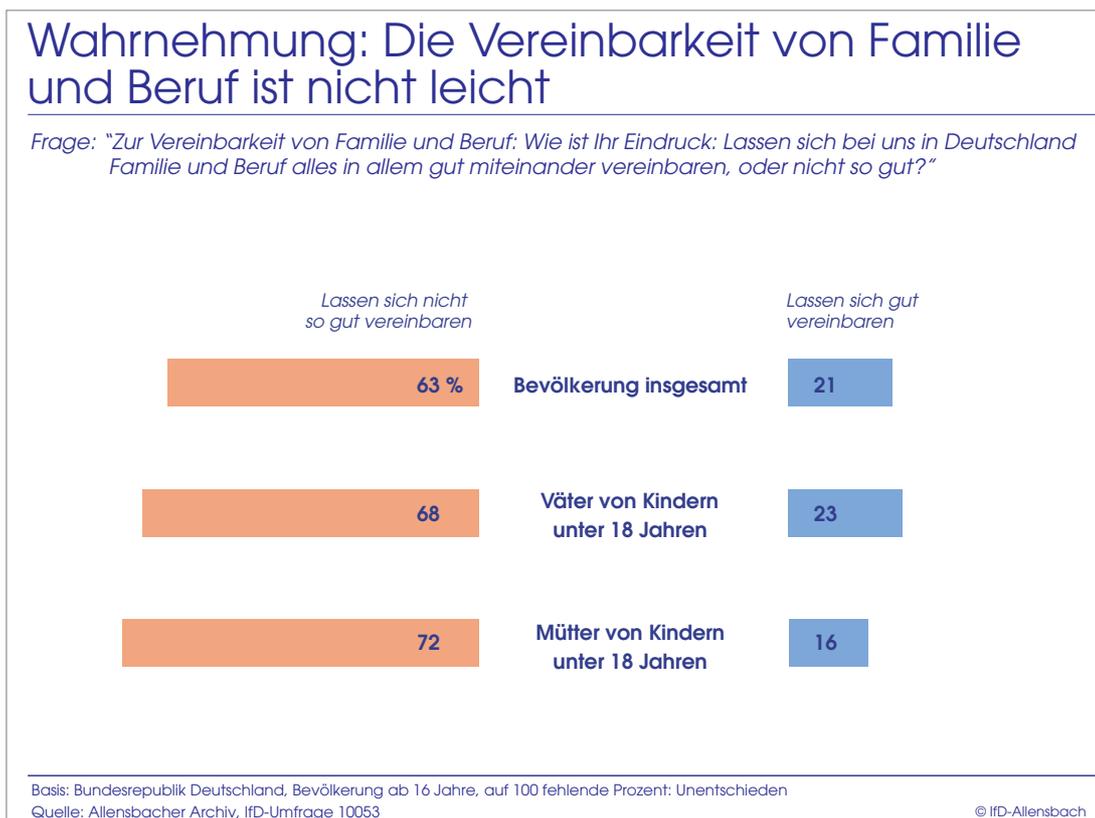
Schaubild 15



Daueraufgabe: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Lediglich 21 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, dass sich Familie und Beruf in Deutschland gut vereinbaren lassen. 63 Prozent finden, die Vereinbarkeit sei „nicht so gut“. Gerade jüngeren Eltern, die hier mehrheitlich über eigene Erfahrungen verfügen und auch die Vereinbarkeitsprobleme von Freunden und Verwandten kennen, steht ein eher schwieriges Miteinander von Familie und Beruf vor Augen (Schaubild 16). Eine Mehrheit von 49 Prozent sieht in Deutschland zudem eine schlechtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als in anderen Ländern (Anhang-Tabelle A3).

Schaubild 16

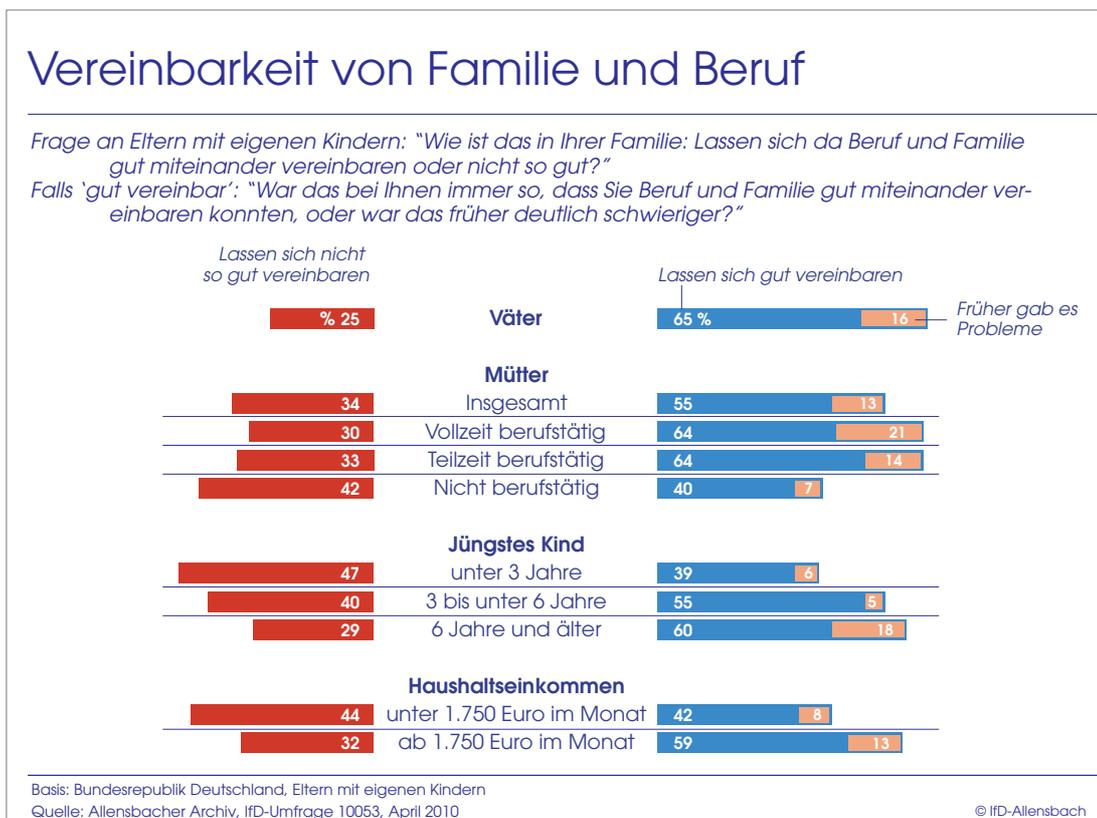


Allerdings bedeutet diese Problemwahrnehmung nicht, dass nun auch die große Mehrheit aktuell von schwerwiegenden Vereinbarkeitsproblemen betroffen wäre. Zwar erleben fast alle berufstätigen Eltern zumindest von Zeit zu Zeit solche Pro-

bleme, etwa wenn die Kinder krank werden. Über eine aktuell insgesamt schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf berichten jedoch nur 30 Prozent der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren; 60 Prozent erleben eher eine gute Vereinbarkeit, 10 Prozent bleiben unentschieden. Dabei hängen solche Probleme zu einem beträchtlichen Teil vom Alter der Kinder ab: 47 Prozent der Eltern von Kindern unter 3 Jahren erleben aktuell Probleme mit der Vereinbarkeit; von den Eltern größerer Kinder werden solche Probleme nur von 29 Prozent berichtet.

Diese Problemphase in den ersten Lebensjahren von Kindern wird auch durch eine rückblickende Frage sichtbar: 15 Prozent der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren sagen, dass sie zwar derzeit keine Probleme hätten, früher aber größere Schwierigkeiten dabei gehabt hätten. Nimmt man dazu die 30 Prozent, die aktuell über Probleme klagen, so betreffen oder betrafen solche tiefgreifenden Probleme immerhin fast die Hälfte der Eltern (Schaubild 17).

Schaubild 17



Weitaus am häufigsten werden Vereinbarkeitsprobleme von Müttern hervorgehoben, die gar nicht berufstätig sind und kleine Kinder haben. Offensichtlich führen Vereinbarkeitsprobleme also nicht selten dazu, dass erst gar keine Arbeit aufgenommen wird. Das spiegelt sich dann auch im Haushaltseinkommen wieder: unter den Eltern (mit Kindern unter 18 Jahren) mit geringem Haushaltseinkommen (unter 1.750 Euro) hat etwa jeder Zweite Vereinbarkeitsprobleme (51 Prozent) von den Eltern mit höherem Einkommen nur etwa jeder Vierte. Vergleichsweise groß sind die Vereinbarkeitsprobleme auch bei den berufstätigen Alleinerziehenden (42 Prozent).

Als hilfreich für ihre Vereinbarkeitsprobleme empfänden die Betroffenen vor allem mehr und passgenauere Angebote für die Kinderbetreuung. So wäre 54 Prozent der betroffenen Eltern geholfen, wenn Kindergärten und Schulen verstärkt Ganztagsbetreuung anbieten würden. 41 Prozent würden sich mehr Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren wünschen. Eine bessere Ausrichtung der angebotenen Betreuungszeiten an den Arbeitszeiten der Eltern wäre für 56 Prozent der Eltern mit Vereinbarkeitsproblemen hilfreich.

53 Prozent der betroffenen Eltern denken, eine stärkere finanzielle Förderung der Familien würde gegen ihre Probleme mit der Vereinbarkeit helfen. In Intensivinterviews begründen die Befragten diese auf den ersten Blick sonderbar anmutende Erwartung häufig damit, dass mehr finanzielle Förderung den empfundenen Erwerbsdruck verringern und ihnen erlauben würde, weniger Stunden zu arbeiten und mehr Zeit zusammen mit ihren Kindern zu verbringen. Insbesondere Alleinerziehende denken so. Bessere Hilfen beim Wiedereinstieg in den Beruf würden 43 Prozent der Betroffenen gern in Anspruch nehmen (Schaubild 18).



Dabei gibt es erhebliche Unterschiede in den Ansichten von Müttern und Vätern: Mütter würden sich für ihre Probleme eher mehr und besser auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Betreuungsangebote wünschen. So optieren 62 Prozent der Mütter und 41 Prozent der Väter mit Betreuungsproblemen für mehr Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen. Dagegen sprechen sich Väter eher für mehr finanzielle Unterstützung durch den Staat aus (62 Prozent der betroffenen Väter und 47 Prozent der betroffenen Mütter). Für die Väter kommt als Wunsch hinzu, weniger durch Überstunden eingespannt zu sein (39 Prozent der betroffenen Väter und 16 Prozent der betroffenen Mütter).

Auch West- und Ostdeutschland haben unterschiedliche Kataloge für eine bessere Vereinbarkeit: Im Westen steht der Ausbau der Betreuung für die Kinder unter 3 Jahren sowie die Ausweitung der Mittagessensangebote deutlich weiter oben auf der

Agenda als im Osten, der noch immer einen Vorsprung bei den Betreuungsangeboten hat.

Obwohl Dinge wie das Angebot von Teilzeitstellen oder flexiblen Arbeitszeiten an erster Stelle die Wirtschaft betreffen, sieht die Bevölkerung auch den Staat in der Pflicht, wenn es um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. 49 Prozent halten es für sehr wichtig, dass der Staat sich für eine bessere Vereinbarkeit einsetzt, weitere 43 Prozent für wichtig. 44 Prozent finden einen starken Einsatz der Unternehmen auf diesem Feld sehr wichtig, weitere 47 Prozent finden das wichtig: Nur kleine Minderheiten würden also solche Anstrengungen von Staat und Unternehmen als weniger wichtig bewerten (Schaubild 19). Die Bevölkerung erwartet auf diesem Feld also weitere gemeinsame Anstrengungen.

Schaubild 19

Staat und Unternehmen gefordert		
	"Der Staat" %	"Die Unternehmen" %
sehr wichtig	49	44
wichtig	43	47
weniger wichtig	5	5
gar nicht wichtig	1	x
Unentschieden	2	4
	100	100

92 } 91

Fragen: "Wie wichtig finden Sie es, dass sich der Staat für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzt? Finden Sie das ..."
"Wie wichtig finden Sie es, dass die Unternehmen in Deutschland viel dafür tun, um ihren Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern? Finden Sie das ..."

x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

Zunehmend wichtig: Die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Nach Ansicht der Bevölkerung ist es um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in Deutschland noch einmal deutlich schlechter bestellt als um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Nur 7 Prozent der Gesamtbevölkerung bewerten die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf als gut, 74 Prozent bewerten sie als schlecht; von den pflegenden Angehörigen sehen sogar 86 Prozent nur schlechte Möglichkeiten, Pflege und Berufstätigkeit in Einklang miteinander zu bringen. Eine weniger gute oder schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf konstatieren dagegen „nur“ 62 Prozent (Schaubild 20).

Schaubild 20

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Für viele schwieriger als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf			
<i>Fragen: "Wie ist Ihr Eindruck, lassen sich bei uns in Deutschland Pflege und Beruf alles in allem gut miteinander vereinbaren, oder nicht so gut?" "Wie ist Ihr Eindruck, lassen sich bei uns in Deutschland Familie und Beruf alles in allem gut miteinander vereinbaren, oder nicht so gut?"</i>			
	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Vereinbarkeit von Pflege und Beruf	
	Bevölkerung insgesamt %	Bevölkerung insgesamt %	Pflegende Angehörige %
Lassen sich gut vereinbaren	21	7	6
Nicht so gut	62	74	86
Unentschieden	17	19	8
	100	100	100

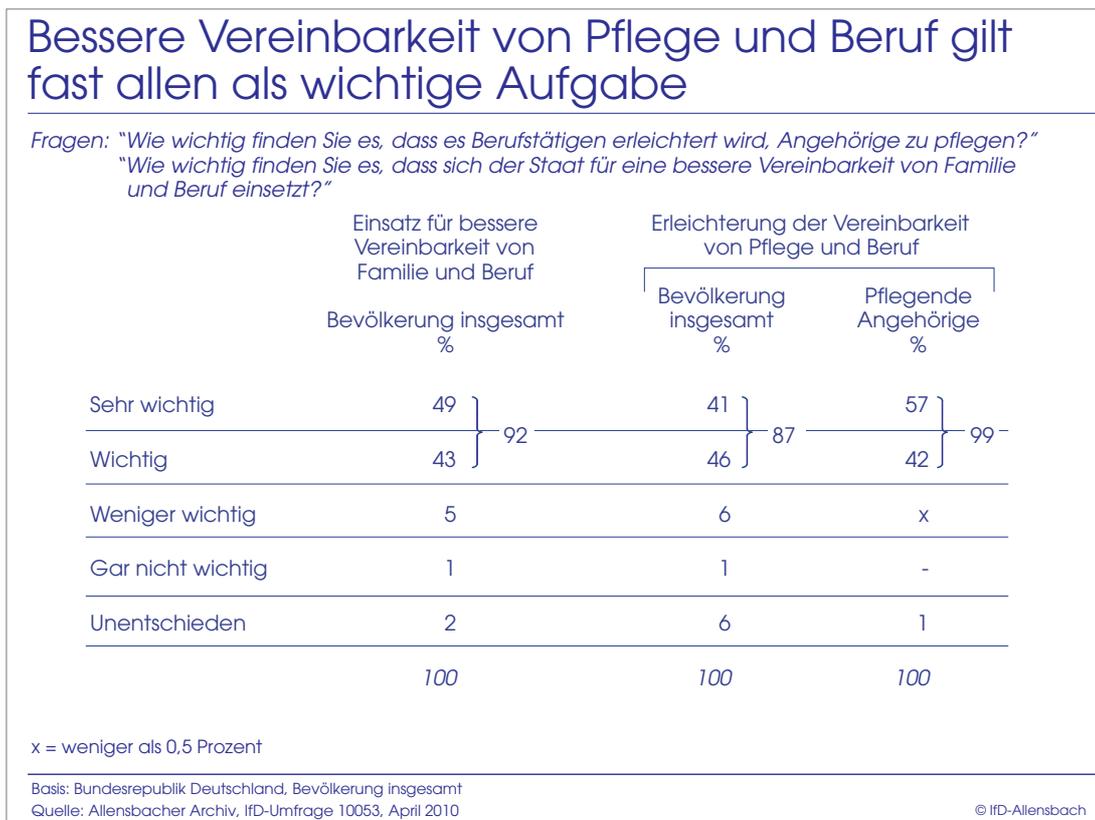
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung insgesamt
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

41 Prozent der Bevölkerung insgesamt halten es deshalb für sehr wichtig, Berufstätigen die Pflege ihrer Angehörigen zu erleichtern, weitere 46 Prozent finden es

wichtig. Von den pflegenden Angehörigen selbst fänden sogar 57 Prozent solche Erleichterungen sehr wichtig. Sie drängen praktisch ausnahmslos auf eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Damit misst die Bevölkerung dem Problem mit Blick auf die Betroffenen eine annähernd so große Bedeutung zu wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Schaubild 21).

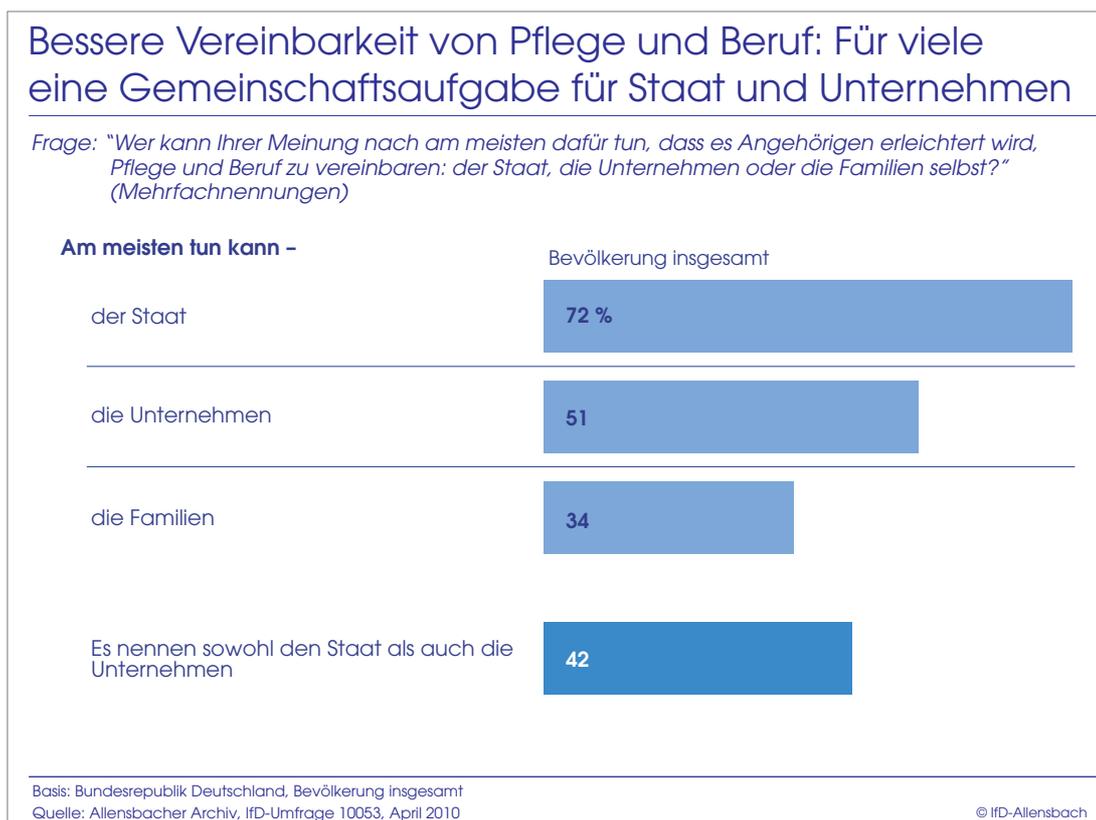
Schaubild 21



Dahinter steht die verbreitete Vorstellung, dass Pflegebedürftige wo möglich am besten von ihren Angehörigen gepflegt werden sollten (65 Prozent der Gesamtbevölkerung). Eine Pflege durch einen Pflegedienst oder gar in einem Pflegeheim würden nur Minderheiten von 24 bzw. 5 Prozent präferieren (einige Mehrfachnennungen) (Anhang-Schaubild A3). Dabei wird die Angehörigenpflege in Großstädten zwar etwas seltener genannt als in kleinen und mittleren Städten oder in ländlichen Regionen, sie ist aber auch dort die bevorzugte Option.

Anstöße für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erwartet die Bevölkerung eher vom Staat (72 Prozent) und den Unternehmen (51 Prozent) als von den Familien (34 Prozent). Obwohl gefragt wurde, wer am meisten für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf tun könnte, was zu einer einzigen Nennung einlädt, nannten hier 42 Prozent sowohl den Staat als auch die Unternehmen. Das Feld wird also nicht als Bereich gesehen, aus dem sich der Staat am besten ganz heraushält und Vereinbarungen allein Arbeitnehmern und Arbeitgebern überlässt. Zugleich sieht die Bevölkerung aber auch den Staat nicht in der Rolle, hier lediglich Regelungen für die Unternehmen von außen vorzugeben. Lösungen werden offenbar am ehesten durch gemeinsame Bemühungen von Staat und Unternehmen erwartet (Schaubild 22).

Schaubild 22

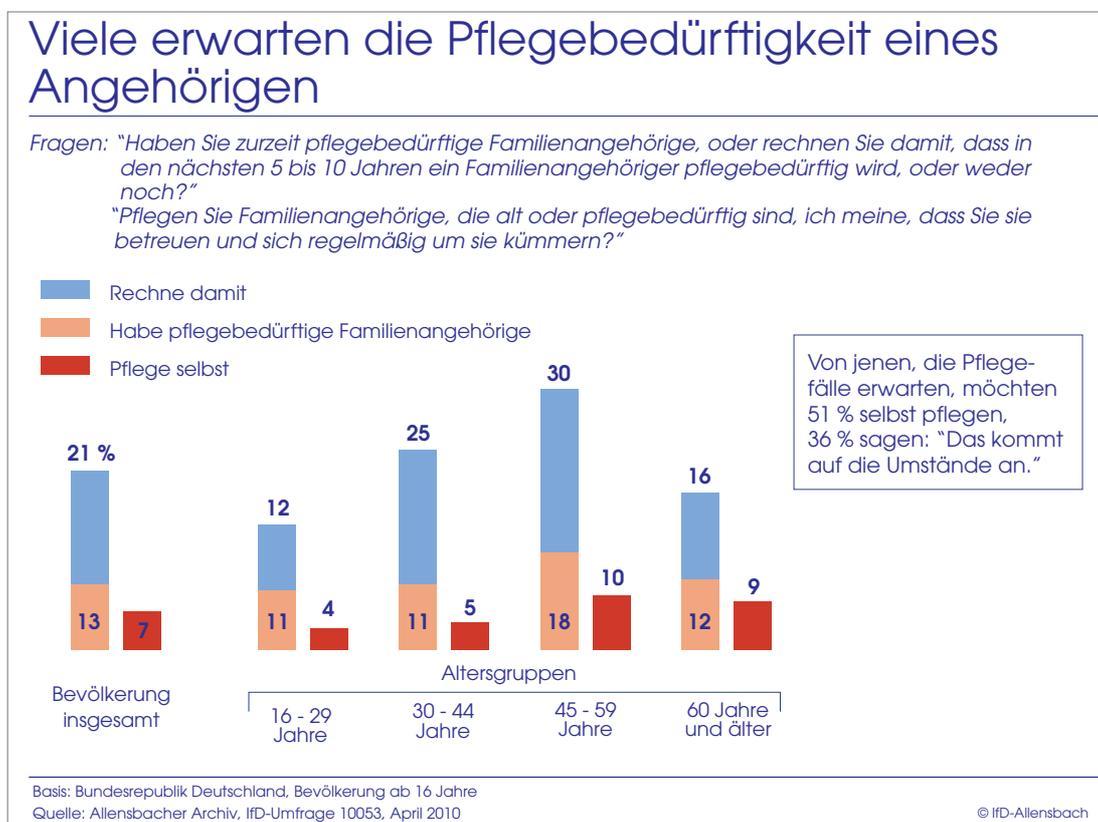


13 Prozent der Bevölkerung haben derzeit pflegebedürftige Angehörige, 23 Prozent rechnen damit, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine oder einer ihrer Fami-

lienangehörigen pflegebedürftig werden könnte. Von daher betreffen Fragen, die mit der Pflege zusammenhängen, einen weitaus größeren Kreis als nur jene, die bereits heute Angehörige betreuen und pflegen.

7 Prozent der Bevölkerung pflegen und betreuen heute einen oder mehrere Angehörige, die auf Hilfe angewiesen sind.¹ Von diesen pflegenden Angehörigen sind annähernd zwei Drittel Personen im Alter zwischen 40 und 65 Jahren (63 Prozent). Mehr als die Hälfte von ihnen sind berufstätig (55 Prozent) (Schaubild 23).

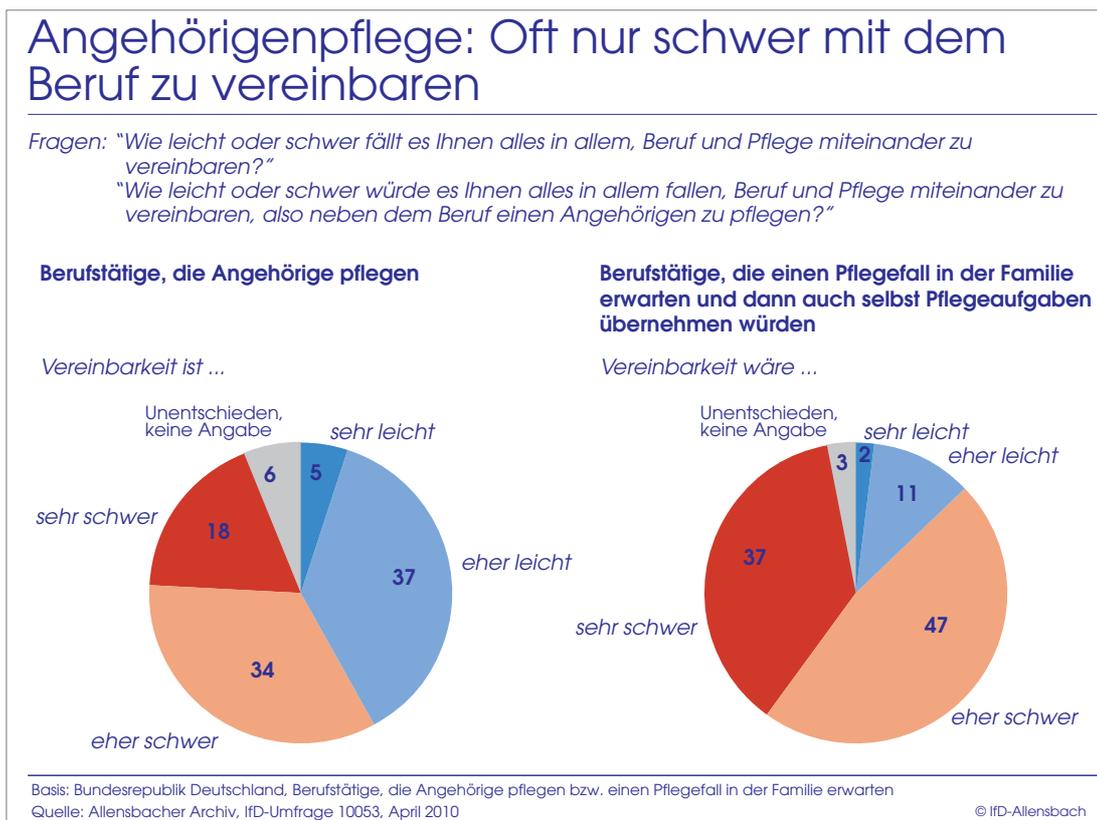
Schaubild 23



¹ Bezogen auf die hier abgebildete erwachsene Gesamtbevölkerung ergibt sich damit ein Kreis von über 4 Millionen pflegenden und betreuenden Angehörigen. Damit wird eine Diskrepanz zu den Daten der Pflegeversicherung sichtbar, die für rund 1,2 Millionen Pflegebedürftige Leistungen erbringt, die von Angehörigen genutzt werden könnten. Dieser Unterschied erklärt sich vor allem daraus, dass hier auch jene über Pflege- und Betreuungsleistungen berichten, die dafür (noch) keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Pflegestatistik die Leistungen für einzelne Patienten erfasst, dass an der Pflege eines Patienten jeweils aber durchaus auch mehrere Angehörige beteiligt sein können, die dann in der Umfrage darüber Auskunft geben.

Jenen, die Pflege und Beruf miteinander vereinbaren müssen, fällt das oft nicht leicht: Eine Mehrheit von 52 Prozent erklärt, es falle ihr eher schwer (34 Prozent) oder sogar sehr schwer (18 Prozent). Nur 37 Prozent können die Pflege leicht mit ihrem Beruf vereinbaren, 5 Prozent sogar sehr leicht (Schaubild 24).

Schaubild 24



46 Prozent derer, die sich schon heute um pflegebedürftige Angehörige bemühen, würden sich gern noch mehr um ihre Pflegeaufgaben kümmern. Auch jene, die für die nächsten 5 bis 10 Jahre mit einem Pflegefall in der Familie rechnen, würden sich mehrheitlich gern an einer Pflege beteiligen oder die Pflege sogar ganz übernehmen.

Dabei hängt die tatsächliche Übernahme der Pflege dann aber zu einem erheblichen Teil auch von den jeweiligen Umständen ab: 51 Prozent derjenigen, die für die nächsten fünf bis zehn Jahre mit einem Pflegefall in der Familie rechnen, möchten

sich dann gern um diesen Angehörigen kümmern, 36 Prozent antworten: „Es kommt auf die Umstände an.“ Generell abgelehnt wird die Übernahme von Pflegeaufgaben nur von 11 Prozent. Verringert man die Gruppe der Pflegebereiten noch um diejenigen, die sich eine Pflege nicht zutrauen würden, so bleiben 44 Prozent fest Entschlossene und 19 Prozent, die unter den geeigneten Umständen zu einer Pflege bereit wären. Anders als von den tatsächlich Pflegenden ist eine Zweidrittelmehrheit der potentiellen Pflegenden berufstätig (64 Prozent).

Allerdings befürchtet die große Mehrheit dieser Berufstätigen, dass es ihnen nur schwer möglich sein wird, Beruf und Pflege miteinander zu vereinbaren: Von den Berufstätigen, die für die nächsten 5 bis 10 Jahre mit einem Pflegefall in der Familie rechnen und sich zudem wahrscheinlich oder unter Umständen an der Pflege beteiligen würden, erwarten 84 Prozent eine insgesamt schwere Vereinbarkeit von Familie und Pflege, und zwar 37 Prozent eine sehr schwere und 47 Prozent eine eher schwere Vereinbarkeit. Nur 13 Prozent würden kaum Probleme erwarten (vgl. Schaubild 24).

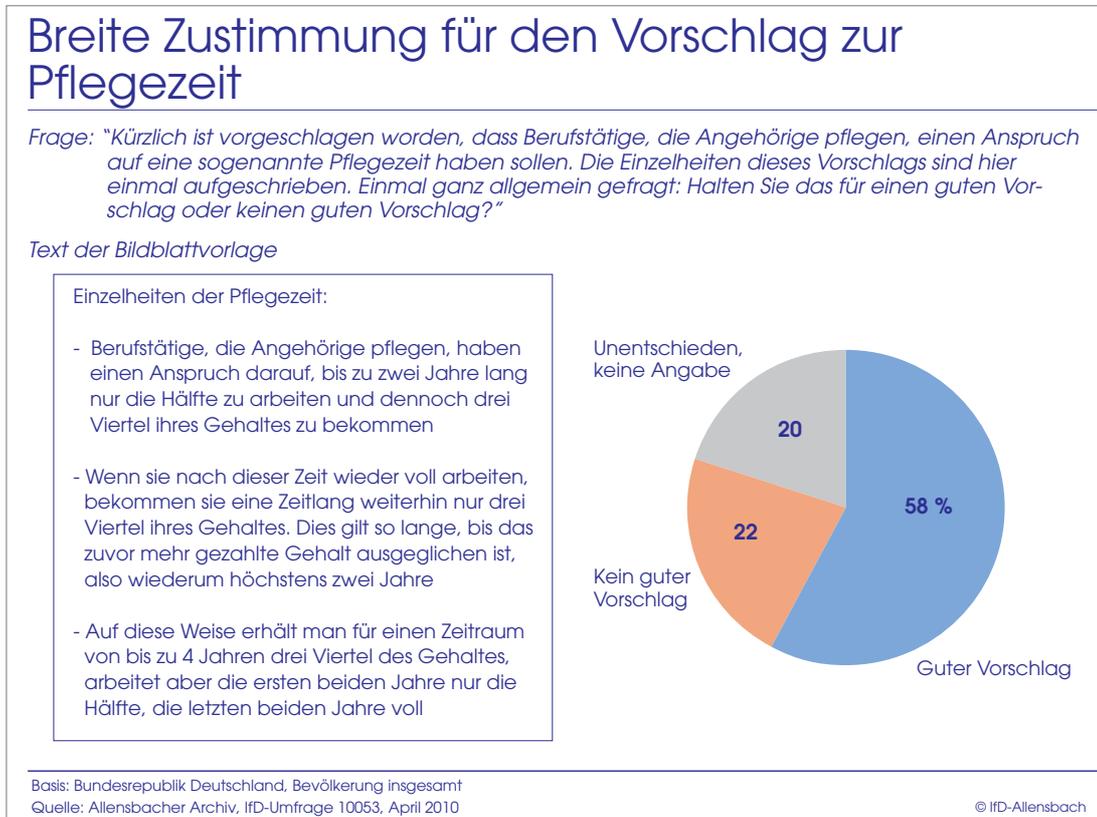
Die Ergebnisse der Umfrage zeigen also neben den objektiven Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein weitaus höheres Maß an befürchteten Problemen. Dabei deuten die Daten der Umfrage darauf hin, dass sich bereits die Befürchtungen von Problemen mit der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stark auf die Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeaufgaben auswirken:

Berufstätige ohne pflegebedürftige Angehörige		

	Erwartete Vereinbarkeit von Pflege und Beruf	
	(eher) leicht	(eher) schwer
	%	%
Es würden sich um die Pflege eines Angehörigen kümmern.....	74	38
Nicht der Fall	1	16
Kommt darauf an.....	25	43
Unentschieden.....	-	3
	---	---
	100	100

Hier wären also sowohl Verbesserungen in der Sache notwendig als auch Signale, dass die Probleme bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bewältigt werden können.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf schlug Familienministerin Schröder deshalb eine Erweiterung des Anspruchs auf Pflegezeit vor: Berufstätigen sollen danach bis zu zwei Jahre lang zur Angehörigenpflege nur mit halber Stundenzahl berufstätig sein können, dabei aber drei Viertel ihres Gehaltes beziehen. Zum Gehaltsausgleich soll sich an die Pflegephase eine ebenso langer Zeitraum anschließen, in dem die Beschäftigten mit voller Stundenzahl arbeiten, dabei aber weiterhin nur drei Viertel ihres Gehalts beziehen. Dieser Vorschlag wird von einer klaren Bevölkerungsmehrheit von 58 Prozent begrüßt. Lediglich 22 Prozent lehnen die Arbeitszeitverkürzung „auf Vorschuss“ ab, durch die man mehr Zeit für die Pflege bekäme. 20 Prozent bleiben unentschieden. Besonders groß ist die Zustimmung mit 64 Prozent unter jenen, die bereits heute Angehörige pflegen und deshalb die Probleme der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf aus eigener Erfahrung kennen (Schaubild 25).



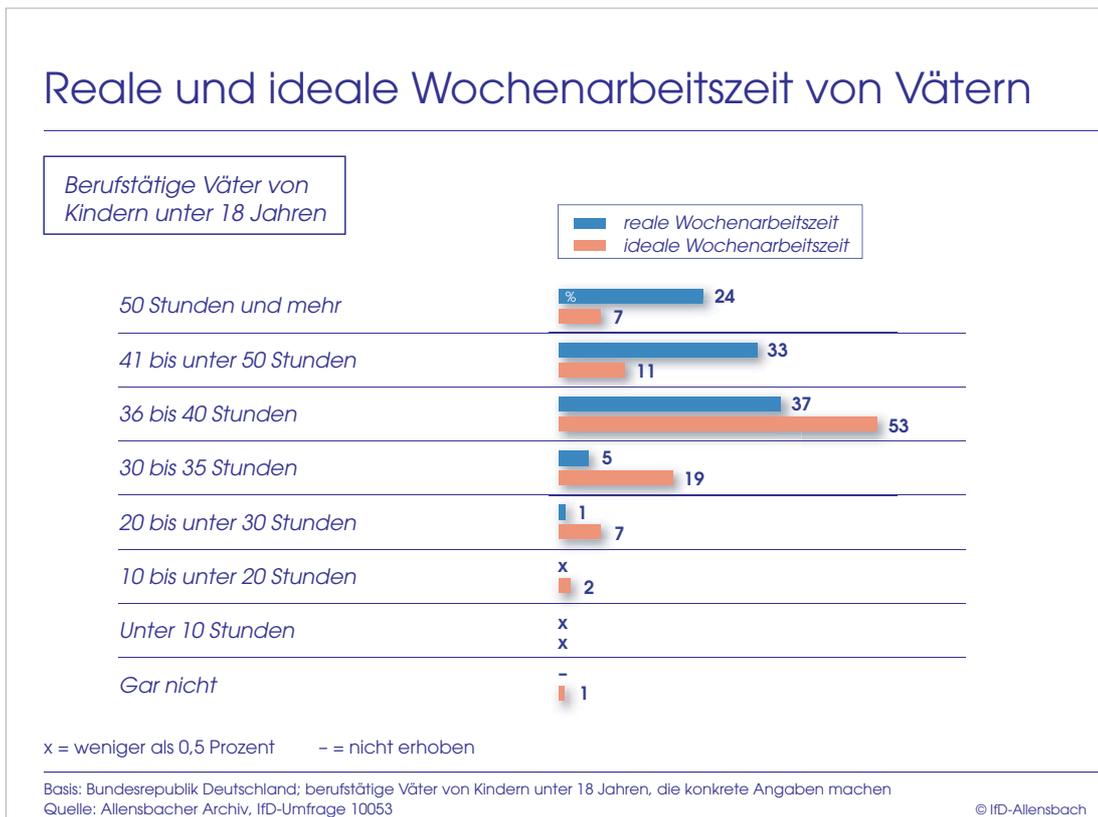
Allerdings befürchtet eine Mehrheit von 57 Prozent der Gesamtbevölkerung und von 67 Prozent der selbst Pflegenden, dass jenen, die eine solche Pflegezeit in Anspruch nehmen, dadurch berufliche Nachteile entstehen könnten.

Vollzeitnahe und flexiblere Arbeitszeiten als Hilfe für eine bessere Vereinbarkeit

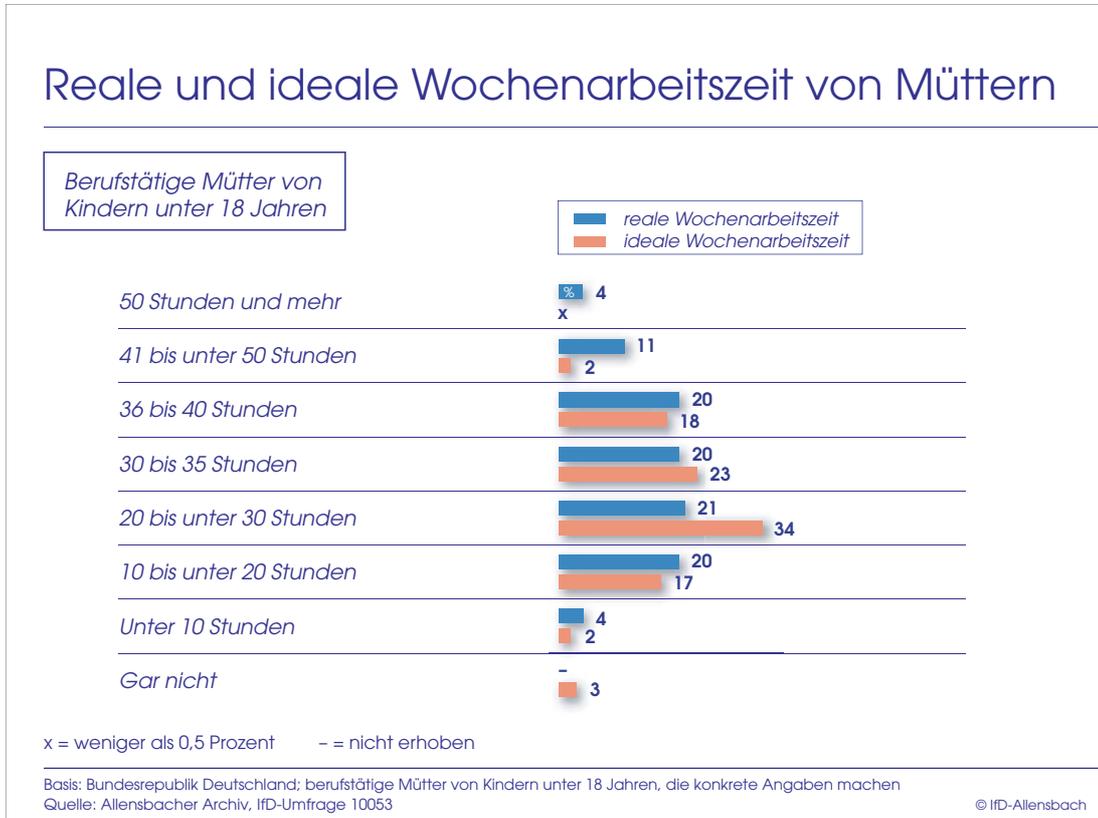
Für die Männer ergeben sich Probleme, den Beruf mit der Familie oder auch mit Pflegeaufgaben zu vereinbaren, nicht selten daraus, dass sie täglich viele Stunden im Büro oder in der Fabrik verbringen. Gerade junge Väter gehören zur Gruppe derer mit den längsten Abwesenheiten von zu Hause: 24 Prozent der berufstätigen Väter von Kindern unter 18 Jahren arbeiten regelmäßig wöchentlich 50 Stunden und mehr, 33 Prozent 41 bis unter 50 Stunden. Überstunden oder generell mehr als 8 Arbeits-

stunden am Tag sind heute also für mehr als jeden zweiten Vater die Regel (Schaubild 26).

Schaubild 26



Von den Müttern mit Kindern unter 18 Jahren verbringt nur etwa jede Sechste ähnlich viele Stunden im Betrieb. Etwa ein Viertel der berufstätigen Mütter von Kindern unter 18 Jahren arbeitet weniger als 20 Stunden im Beruf, dann jeweils etwa ein Fünftel auf „halben“ oder $\frac{3}{4}$ -Stellen. Vereinbarkeitsprobleme für die Mütter entstehen deshalb weniger oft durch die Länge der Arbeitszeiten als durch die Koordinierung des Betreuungsangebots und der Tagesbedürfnisse der Familie mit den Arbeitszeiten (Schaubild 27).



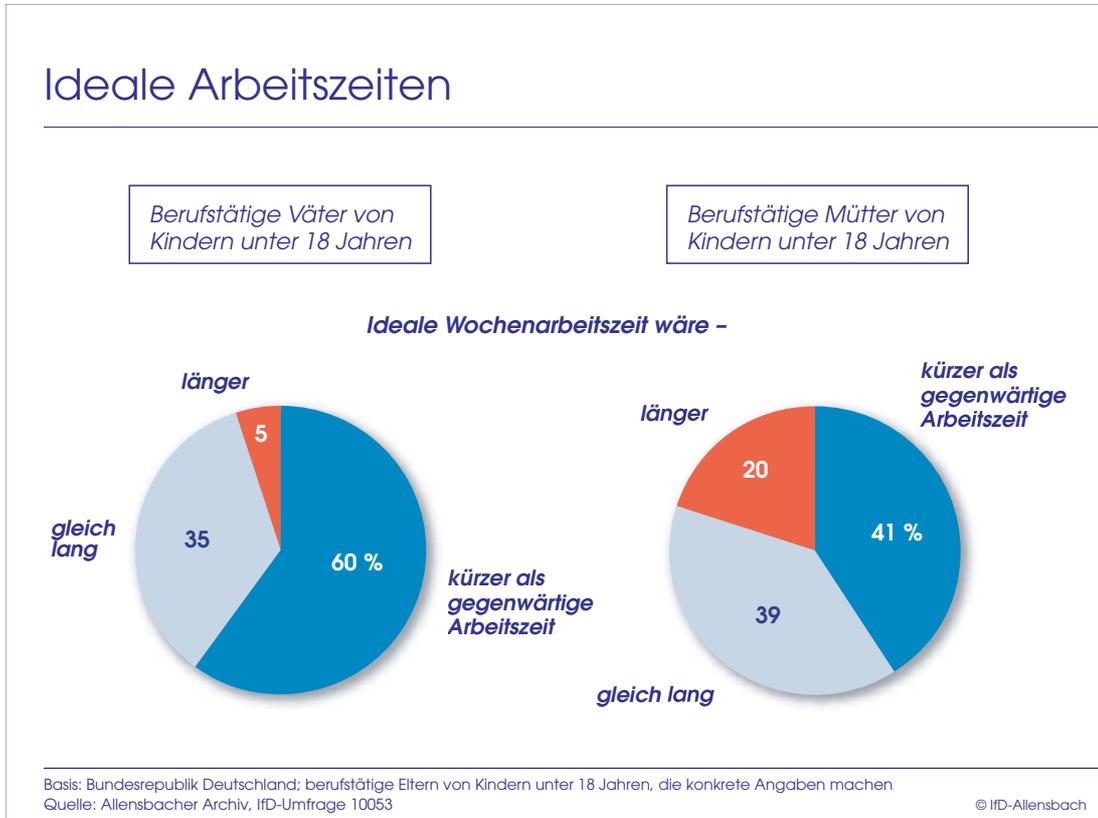
Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, wo die Ganztagsberufstätigkeit der Mütter deutlich weiter verbreitet ist als im Westen (51 Prozent der Mütter im Osten arbeiten 36 Stunden oder mehr in der Woche, aber nur 31 Prozent der Mütter im Westen). Ebenfalls wirkt sich das Alter der Kinder deutlich aus: Von den heute insgesamt berufstätigen Müttern, die ihre Berufstätigkeit für die Kinderbetreuung schon einmal unterbrochen haben, arbeiten heute 47 Prozent mehr Wochenstunden als unmittelbar nach ihrem Wiedereinstieg. 40 Prozent haben ihre Wochenstundenzahl seither nicht verändert und nur 13 Prozent haben sie verringert.

Vergleichsweise wenig bedeutsam für die Arbeitszeiten der Mütter ist deren Bildung: Zwar gibt es unter den Müttern mit höherer Bildung eine Spitzengruppe von annähernd einem Drittel, die 41 Stunden und mehr arbeiten. Unter den Müttern mit mittlerer Bildung arbeiten nur 12 Prozent derart lange, von denen mit einfacher Bil-

derung sogar nur 4 Prozent: Gleichwohl ist auch von den höher qualifizierten Müttern ein beträchtlicher Anteil in Teilzeitarbeit oder nur stundenweise beschäftigt. Ähnlich wie bei den Müttern mit mittlerer oder einfacher Bildung werden hier also durchaus unterschiedliche Muster praktiziert.

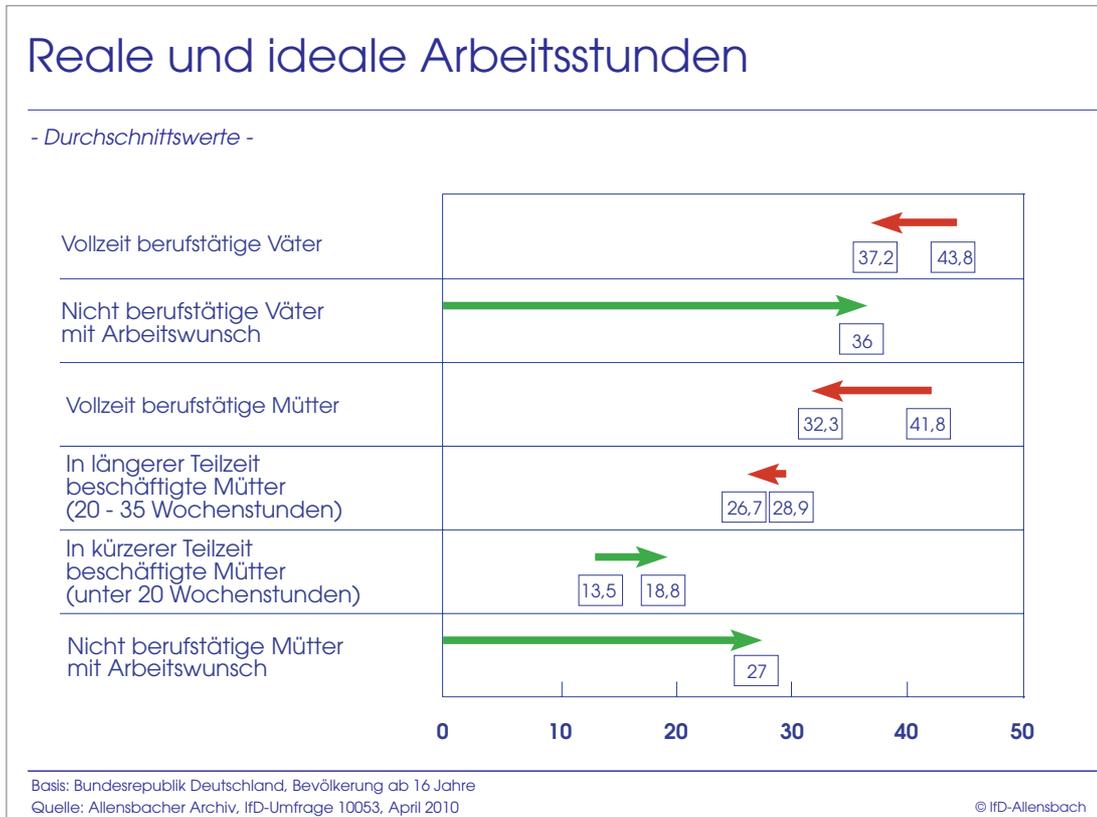
Bei den Vätern fallen Überstunden überdurchschnittlich häufig bei jenen mit einfacher und höherer Bildung an, weniger oft bei Vätern mit mittleren Schulabschlüssen: Bezogen auf Berufskreise bedeutet das überlange Arbeitszeiten vornehmlich für leitende Angestellte und Beamte, Freiberufler und Arbeiter, nicht ganz so oft für einfache Angestellte.

Lediglich 39 Prozent der berufstätigen Mütter und 35 Prozent der berufstätigen Väter (jeweils von Kindern unter 18 Jahren) geben ihre realen Arbeitsstunden auch als ihre Wunsch-Arbeitsstunden an. 60 Prozent dieser Väter und 41 Prozent dieser Mütter würden etwas weniger Wochenstunden arbeiten, wenn sie es sich aussuchen könnten. Nur 5 Prozent der Väter und immerhin 20 Prozent der Mütter würden ihre Wochenstundenzahl am liebsten erhöhen (Schaubild 28).



Dabei wäre es den Vätern sichtlich wichtig, zumindest von den Stunden über die Normarbeitszeit hinaus „herunterzukommen“: Wenn sie es sich aussuchen könnten, würden 53 Prozent 36 bis 40 Wochenstunden arbeiten. Weitere 19 Prozent wären an einer vollzeitnahen Teil-Arbeitszeit von 30 bis 35 Stunden interessiert, 9 Prozent an einer Arbeit mit weniger als 30 Wochenstunden (vgl. Schaubild 26).

Die folgenden Durchschnittswerte zeigen in etwa die Dimension, in denen Arbeitszeitverkürzungen oder auch -verlängerungen als ideal gelten. Angesichts der erheblichen Unterschiede hinsichtlich der gewünschten Arbeitsstunden darf man sie jedoch nicht als Werte verstehen, die für alle Befragten gelten (Schaubild 29).

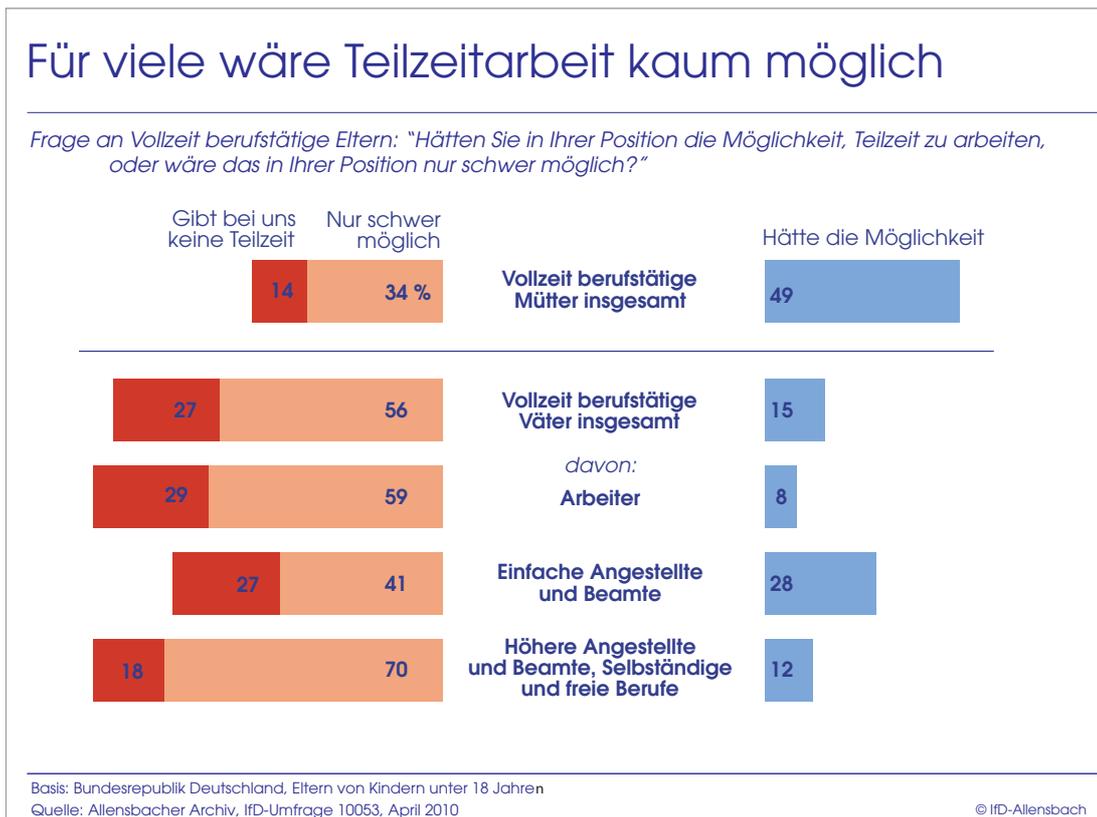


Allerdings wären substantielle Verkürzungen der Arbeitszeit gerade für die Väter oft mit Problemen verbunden: Von den meist Vollzeit berufstätigen Vätern von Kindern unter 18 Jahren sagen lediglich 14 Prozent, dass sie die Möglichkeit hätten, in Teilzeit zu arbeiten. Für 53 Prozent wäre das nach eigener Einschätzung nur schwer möglich, 25 Prozent arbeiten sogar in einem Betrieb, in dem es überhaupt keine Teilzeitstellen gibt.

Dabei wirkt sich ganz erheblich auch die Berufsstellung der Väter aus: Von den einfachen Angestellten und Beamten mit Kindern unter 18 Jahren sehen lediglich 37 Prozent Probleme bei einem Wechsel auf eine Teilzeitstelle voraus, von den leitenden Angestellten und Beamten dagegen 70 Prozent. Anders sieht das bei den Müttern aus, wo das Problem sich überhaupt nur für eine vergleichsweise kleine Gruppe von

Vollzeitbeschäftigten stellt, die – auch wenn sie in leitender Position beschäftigt sind – sehr viel seltener Probleme wahrnehmen als die Väter (Schaubild 30).

Schaubild 30

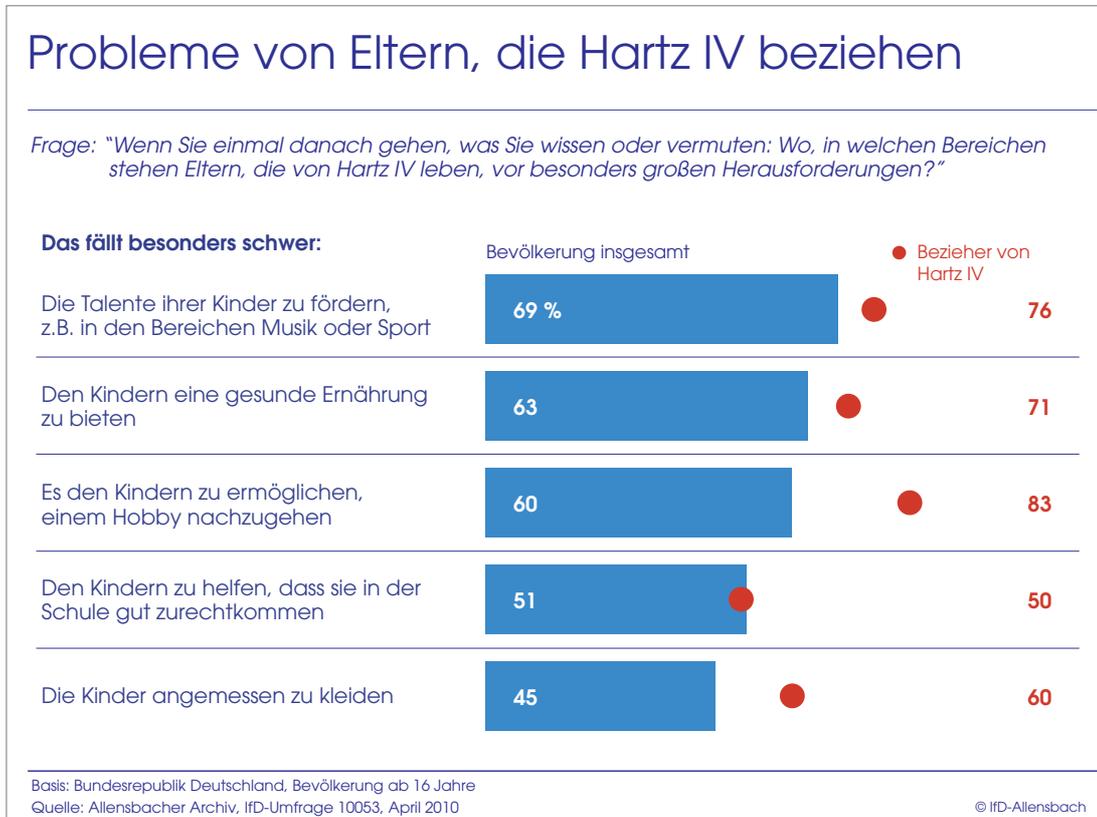


Auch aus anderen Umfragen ist bekannt, dass Mütter, die Teilzeitwünsche anmelden, in den Unternehmen mit mehr Entgegenkommen rechnen können als Väter. Auswirken dürfte sich bei den Antworten auf die hier gestellte Frage aber auch, dass Teilzeitwünsche von Männern in den Unternehmen bislang erst äußerst selten angemeldet wurden. Die Einschätzungen der Väter beruhen also eher auf bloßen Vermutungen als auf konkreten Erfahrungen.

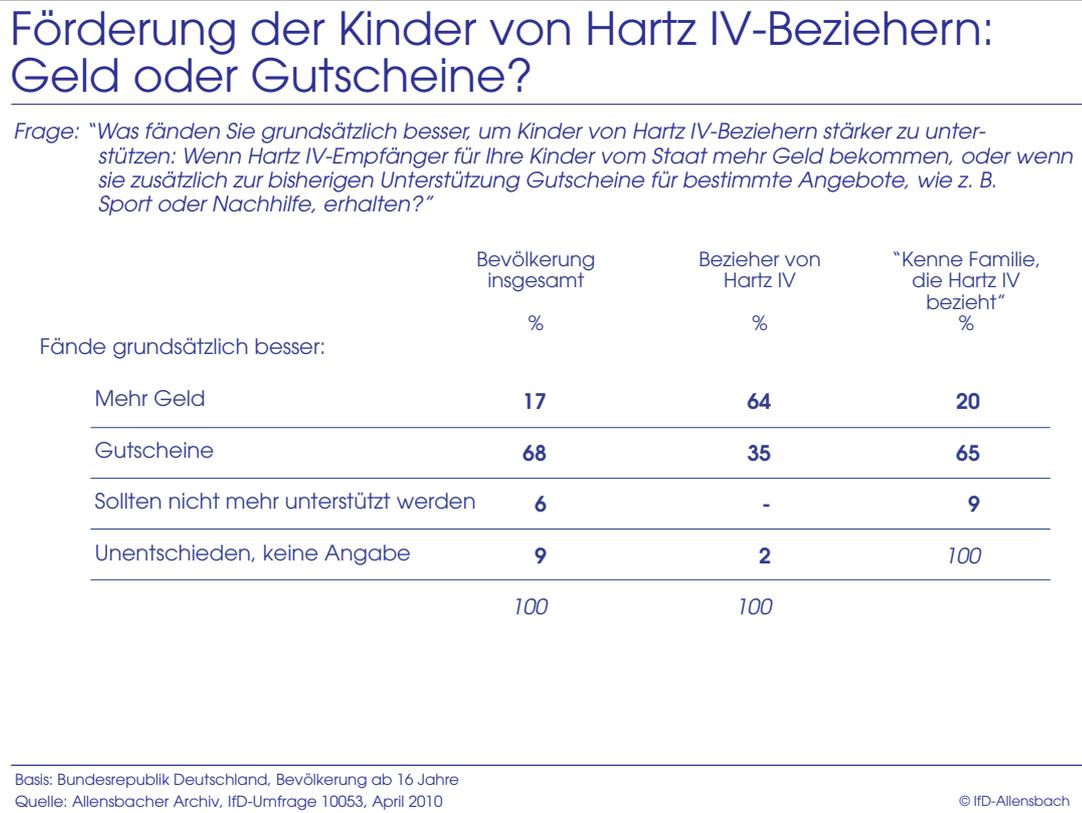
Aufgabenfeld: Förderung der Kinder von Hartz IV-Beziehern

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz IV-Sätzen für Kinder und die folgende Sozialstaatsdebatte steht der Bevölkerung ein konturiertes Bild der spezifischen Probleme von Hartz IV-Beziehern vor Augen. Unmittelbar neben der verbreiteten Annahme, dass in diesem Bereich einen verbreiteten Missbrauch der Sozialleistungen gibt, findet sich häufig die Vorstellung, dass den Kindern von Hartz IV-Beziehern durch den Staat, die Schulen, aber auch durch ihre Eltern zu wenig geholfen wird.

Besondere Defizite sieht die Bevölkerung vorrangig dort, wo es um die Förderung der Kinder geht, etwa durch Musikunterricht oder Sport. 69 Prozent der Bevölkerung nehmen hier ein besonderes Problem für Eltern an, die auf das Sozialgeld für ihre Kinder angewiesen sind. 63 Prozent sehen derartige Probleme auch bei der gesunden Ernährung der Kinder, 60 Prozent bei der Möglichkeit, einem Hobby nachzugehen. Die Hartz IV-Bezieher und auch jene, die solche Familien aus eigener Anschauung kennen, sehen es selbst ganz ähnlich, wobei die Bezieher besonders die Defizite bei den möglichen Hobbys der Kinder hervorheben (83 Prozent) (Schaubild 31).



Deutlich auseinander gehen die Vorstellungen der selbst Betroffenen und die Vorstellungen der breiten Bevölkerung dann aber bei der Frage, wie man solchen Kindern besser helfen könnte: 68 Prozent der Bevölkerung halten es für sinnvoll, wenn die Leistungsbezieher nicht mehr Geld erhalten, sondern zusätzlich zur bisherigen Unterstützung Gutscheine für bestimmte Angebote, mit denen solche Kinder etwa Sport oder Nachhilfeunterricht nutzen könnten. Die Bezieher solcher Leistungen selbst präferieren dagegen mit großer Mehrheit die finanzielle Förderung (Schaubild 32).



Dahinter steht bei der Bevölkerung meist die Befürchtung, dass eine finanzielle Förderung nicht den Kinder selbst zugute käme - dieser Meinung schließen sich 72 Prozent an. Nur 17 Prozent der Bevölkerung sprechen sich für eine Erhöhung der finanziellen Förderung aus, um den Bedarf der Kinder besser decken zu können (Anhang-Tabelle A4).

Aufgabenfeld: Bessere Integration der Kinder von Migranten

65 Prozent der Bevölkerung bewerten die bisherige Integration von Zuwanderern und Ausländern in Deutschland als gar nicht gut (19 Prozent) bzw. weniger gut (46 Prozent). Für die Familienpolitik ergibt sich ein besonderes Aufgabenfeld daraus, dass die Integration von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft sogar noch häufiger als gar nicht gut (20 Prozent) bzw. als weniger gut (52 Prozent) wahrgenommen wird. Sowohl im Hinblick auf die Kinder und Jugendlichen wie auch auf die Zuwanderer insgesamt werden für die zurückliegenden Jahre keine substantiellen Veränderungen an dieser Situation wahrgenommen (Schaubild 33).

Schaubild 33

Wahrnehmung der Integration von Ausländern und Zuwanderern: Eher schlechte Integration, kaum Verbesserung in den letzten Jahren				
	Wahrgenommene Integration -		Wahrgenommene Entwicklung der Integration -	
	der meisten Ausländer und Zuwanderer %	der meisten Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft %	der meisten Ausländer und Zuwanderer %	der meisten Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft %
Sehr gut	2	2	Verbessert	20
Gut	24	16	Verschlechtert	19
Weniger gut	46	52	Nicht viel geändert	52
Gar nicht gut	19	20	Unentschieden, keine Angabe	9
Unentschieden, keine Angabe	9	10		10
	100	100		100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

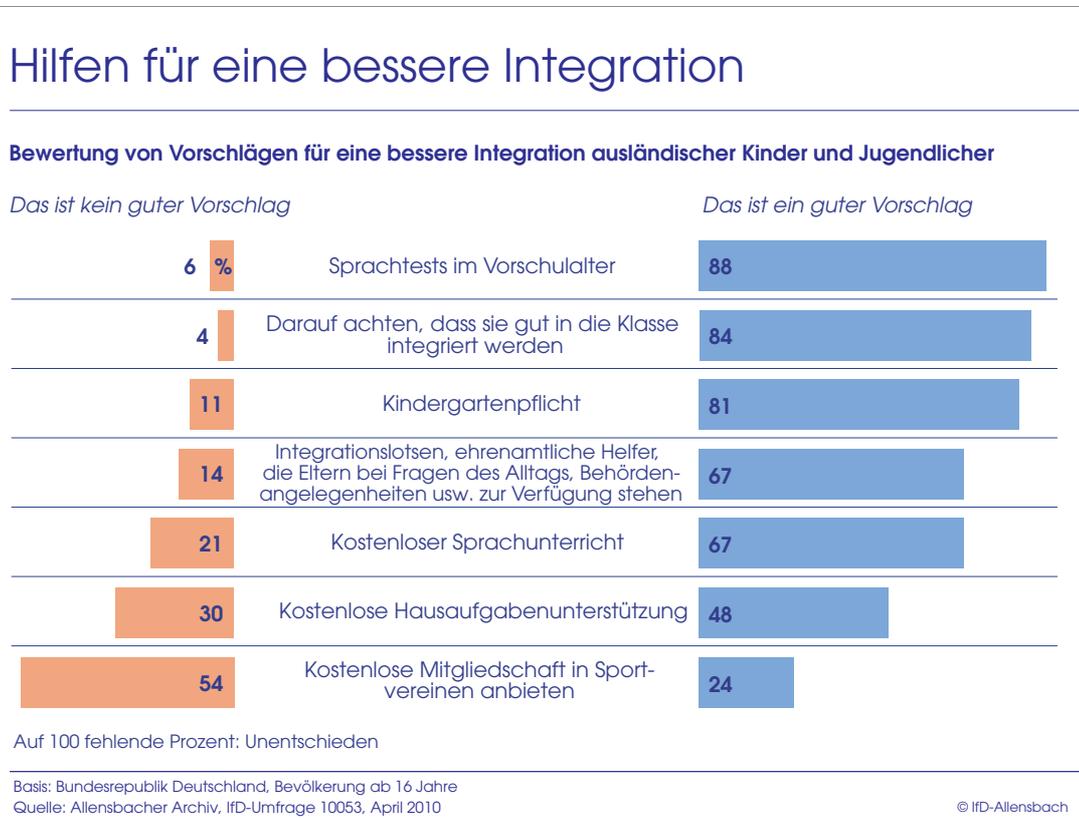
© IfD-Allensbach

Bemühungen um eine bessere Integration werden am ehesten noch dem Staat zugehalten. Bei den deutschen Bürger und insbesondere bei den Zuwanderern selbst sieht eine klare Bevölkerungsmehrheit nur schwache oder sogar überhaupt keine

Bemühungen um eine bessere Integration (deutsche Bürger, weniger oder gar nicht starke Bemühungen: 66 Prozent, Ausländer selbst, weniger oder gar nicht starke Bemühungen: 79 Prozent) (Anhang-Schaubild A4).

Eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft würde eine große Mehrheit von 88 Prozent insbesondere von Sprachtests im Vorschulalter erwarten. Kostenlosen Sprachunterricht würden 67 Prozent befürworten. Bei Schulkindern erwarten 84 Prozent eine bessere Integration durch Maßnahmen, durch die sie besser in die Schulklassen integriert werden. Integrationslotsen, das heißt ehrenamtliche Helfer, die Eltern bei Fragen des Alltags oder Behördengängen zur Verfügung stehen, halten 67 Prozent als Hilfe zur Integration für sinnvoll.

Zurückhaltender werden dagegen eine kostenlose Hausaufgabenhilfe (48 Prozent) oder eine kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen (24 Prozent) bewertet: Hier liegt offenbar der Gedanke zu nahe, dass die Kinder mit Migrationshintergrund eine Vorzugsbehandlung erhalten (Schaubild 34).



ANHANG

Anhang-Tabellen und -Schaubilder

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppen

Elterngeld: Eine Ausweitung der Partnermonate
würde von einer großen Mehrheit begrüßt

Anhang-Tabelle A1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Kürzlich ist vorgeschlagen worden, dass das Elterngeld künftig um vier statt wie bisher nur um zwei Monate verlängert werden kann, wenn auch der zweite Elternteil für mindestens vier Monate die Betreuung des Kindes übernimmt. Finden Sie das einen guten oder keinen guten Vorschlag?"

	Bevölkerung insgesamt	Eltern mit Kindern unter 18 Jahren		
		insg.	Väter	Mütter
Verlängerung der Partnermonate ist...	%	%	%	%
ein guter Vorschlag	62	67	60	73
kein guter Vorschlag	15	16	22	10
Unentschieden	23	17	18	17
	----	----	----	----
	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

Elterngeld: Keine besonderen Vorbehalte gegen die Koppelung der Dauer an die Aufteilung der Elternzeit durch die Partner

Anhang-Tabelle A2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Kürzlich ist vorgeschlagen worden, dass das Elterngeld künftig um vier statt wie bisher nur um zwei Monate verlängert werden kann, wenn auch der zweite Elternteil für mindestens vier Monate die Betreuung des Kindes übernimmt. Finden Sie das gut, weil sich dadurch viele Väter an der Kinderbetreuung beteiligen, oder finden Sie das nicht gut, weil die Bezugsdauer des Elterngelds nicht davon abhängen soll, wie sich die Eltern die Betreuung des Kindes aufteilen?"

	Bevölkerung insgesamt	Eltern mit Kindern unter 18 Jahren		
		insg.	Väter	Mütter
Verlängerung der Partnermonate ist...	%	%	%	%
ein guter Vorschlag	54	59	61	57
kein guter Vorschlag	22	22	22	22
Unentschieden	24	19	17	21
	----- 100	----- 100	----- 100	----- 100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

Vereinbarkeit von Familie und Beruf:
Wahrgenommener Rückstand in Deutschland

Anhang-Tabelle A3
 Bundesrepublik Deutschland
 Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Wie ist Ihr Eindruck, lassen sich in Deutschland alles in allem Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren, oder ist das schlechter gelöst als in anderen Ländern?"

	Bevölkerung insgesamt	Eltern mit Kindern unter 18 Jahren		
		insg.	Väter	Mütter
	%	%	%	%
Lassen sich gut vereinbaren	25	24	26	21
Das ist schlechter gelöst als in anderen Ländern	49	56	51	61
Unentschieden	26	20	23	17
	----	----	----	----
	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

Förderung der Kinder von Hartz-IV-Beziehern:
Große Vorbehalte gegenüber einer finanziellen
Förderung

Anhang-Tabelle A4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: „Zurzeit wird ja darüber diskutiert, ob der Staat Kinder von Hartz IV-Empfängern zusätzlich mit Geld oder mit Gutscheinen unterstützen sollte. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ (Bildblattvorlage)

Das ist eher meine
Meinung

Bevölkerung
insg.

%

Ich fände es gut, wenn Hartz IV-Empfänger für ihre Kinder mehr Geld vom Staat bekommen würden und keine Gutscheine. Schließlich wissen die Eltern am besten, was ihre Kinder benötigen. Darum sollte es den Eltern überlassen sein, wie sie das Geld für ihre Kinder ausgeben.17

Ich fände es besser, wenn Hartz IV-Empfänger für ihre Kinder zusätzlich zur bisherigen Unterstützung Gutscheine für bestimmte Angebote, wie z.B. Sport oder Nachhilfe bekommen würden. Damit wäre sichergestellt, dass die Unterstützung den Kindern zugute kommt und das Geld nicht für ganz andere Dinge ausgegeben wird.72

Sollten nicht mehr unterstützt werden 4

Unentschieden..... 7

100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

Meist berufliche Ursachen

Frage: "Woran liegt es, dass Ihr Partner nicht mehr Aufgaben bei der Kindererziehung und Betreuung übernimmt, was sind die Gründe dafür?" (Listenvorlage)

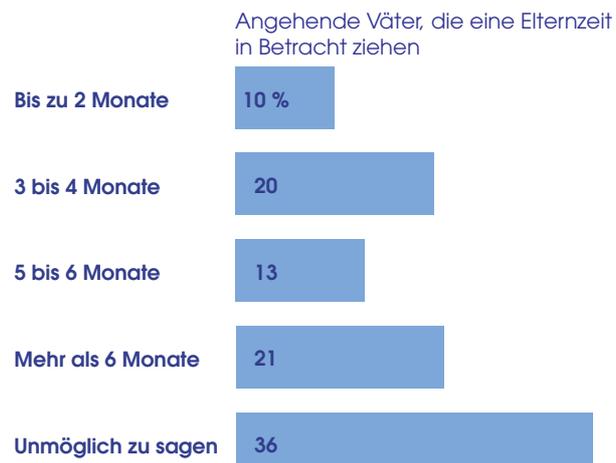


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Mütter, die sich mehr Unterstützung bei der Erziehung und Betreuung wünschen
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053

© IfD-Allensbach

Väter: Wie lange Elternzeit?

Gewünschte Dauer der Elternzeit

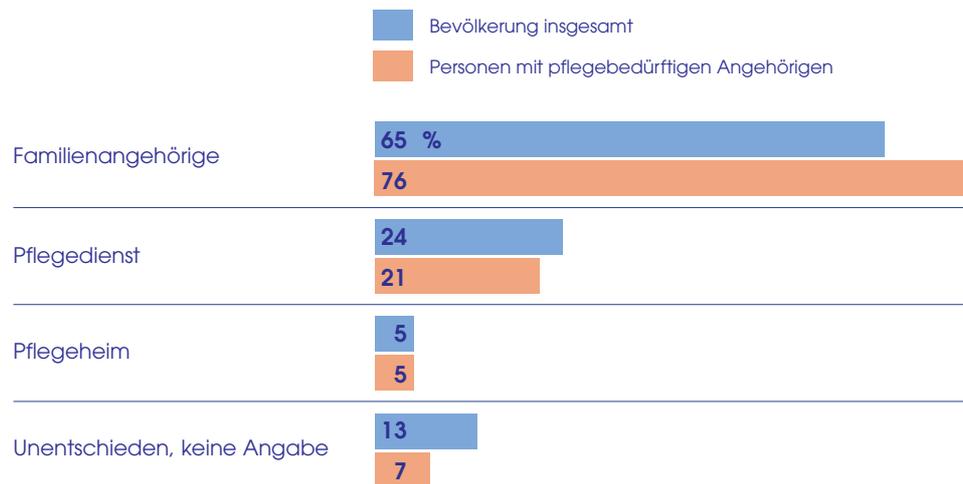


Basis: Bundesrepublik Deutschland, angehende Väter, die eine Elternzeit in Betracht ziehen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

Pflege: Klare Präferenz für die Pflege durch Angehörige

Frage: "Was ist Ihrer Meinung nach am besten: Wenn Pflegebedürftige soweit wie möglich von Familienangehörigen gepflegt werden, oder wenn ihre Pflege von einem Pflegedienst übernommen wird oder wenn sie in einem Pflegeheim gepflegt werden?" (Mehrfachnennungen)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

Wer bemüht sich um eine bessere Integration der Zuwanderer?

Fragen: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie stark bemüht sich der Staat darum, Ausländern die Integration in Deutschland zu erleichtern?"
 "Wie ist es mit den Deutschen, also den deutschen Bürgern? Wie stark bemühen die sich Ihrem Eindruck nach darum, Ausländern die Integration in Deutschland zu erleichtern?"
 "Wie stark bemühen sich die Ausländer selbst um eine bessere Integration in Deutschland?"

Man bemüht sich ...	Wahrgenommene Integrationsbemühungen -		
	des Staates %	der deutschen Bürger %	der Ausländer und Zuwanderer selbst %
sehr stark	10	2	1
stark	32	19	9
weniger stark	40	57	56
gar nicht	5	9	23
Unentschieden	13	13	11
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

© IfD-Allensbach

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In jeder Halbgruppe und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Drittel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	615	306	921	Personen
B	621	272	893	Personen
Insgesamt	1236	578	1814	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viel Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (Face-to-Face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 420 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 10. bis 23. April 2010 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 10.053

STATISTIK

der in der Umfrage 10.053 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik.

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage April 2010			amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A	B	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	9	9	9	9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	16	16	16	16
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	26	26	26	26
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	19	19	19	19
30 - 44 Jahre	24	24	24	24
45 - 59 Jahre	26	26	26	26
60 Jahre und älter	31	31	31	31
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2008.

STATISTIK

der in der Umfrage 10.053 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik.

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage April 2010			amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	60	60	60	60
Nichterwerbspersonen	40	40	40	40
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>BERUFSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	17	15	18	17
Angestellte	33	35	32	33
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	7	7
Nichterwerbspersonen	40	40	40	40
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	54	55	54	54
- Männer	27	28	27	27
- Frauen	27	27	27	27
Ledig	30	30	29	30
Verwitwet, geschieden	16	15	17	16
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	22	23	22	22
- 2 Personen	39	38	39	39
- 3 Personen	18	19	17	18
- 4 Personen	15	14	16	15
- 5 und mehr Personen	6	6	6	6
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2008.

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)